

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung**
Wortprotokoll
40. Sitzung

Berlin, den 08.06.2011, 11:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin
Sitzungssaal: Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dagmar Wöhrl, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Anhörung zum Thema

**"Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der Europäischen Union und
ihre entwicklungspolitischen Implikationen"**

Oliver Georg Wieck	Leiter Abteilung Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Jörg Mayer	Senior Economic Affairs Officer (UNCTAD)
Carsten Schmitz-Hoffmann	Leiter des Kompetenzfelds "Agrarhandel und Standards" (GIZ)
Heidi Feldt	Beraterin entwicklungs- und umweltpolitischer Prozesse
Nohoum Keita	Association des ressortissants et amis de la commune de Falea/Mali
Gwenole Cozigou	Director Chemie-, Metall-, mechanische, elektrotechnische und Baugewerbeindustrien und Rohstoffe (EU-Kommission)

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Mittwoch, 8. Juni 2011, 11:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

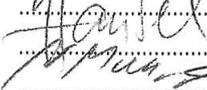
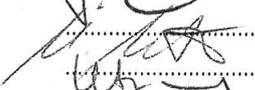
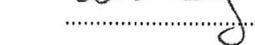
Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Fischer (Göttingen), Hartwig		Flosbach, Klaus-Peter
Heiderich, Helmut		Götz, Peter
Hübinger, Anette		Grund, Manfred
Klimke, Jürgen		Hahn, Florian
Pfeiffer, Sibylle		Hörster, Joachim
Riegert, Klaus		Jüttner Dr., Egon
Selle, Johannes		Klein, Volkmar
Weiss (Wesel I), Sabine		Lämmel, Andreas G.
Wöhrl, Dagmar		Ruck Dr., Christian
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Hendricks Dr., Barbara	Binding (Heidelberg), Lothar
Kofler Dr., Bärbel	Erler Dr. h.c., Gernot
Lischka, Burkhard		Schwabe, Frank
Raabe Dr., Sascha		Tiefensee, Wolfgang
Roth (Esslingen), Karin		Zöllmer, Manfred
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Daub, Helga		Koppelin Dr. h.c., Jürgen
Günther (Plauen), Joachim		Meinhardt, Patrick
Leibrecht, Harald		Müller-Sönksen, Burkhardt
Ratjen-Damerau Dr., Christian		Schuster, Marina

Stand: 30. Mai 2011
 Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
Mittwoch, 8. Juni 2011, 11:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Groth, Annette		Bluhm, Heidrun
Hänsel, Heike		Hunko, Andrej
Movassat, Niema		Wawzyniak, Halina
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Hoppe, Thilo		Andreae, Kerstin
Kekeritz, Uwe		Malczak, Agnes
Koczy, Ute		Terpe Dr., Harald

off

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 8. Juni 2011, 11:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende: Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Pohlmann	CDU/CSU	Pohlmann
Möller	SPD	Möller
W. Meyer	CDU/CSU	W. Meyer
C. WERCA	FDP	C. WERCA
Glimmer	B90/GRÜN	Glimmer
Motzer	CDU/CSU	Motzer
.....
.....

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Anhörung: Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der Europäischen Union und ihre entwicklungspolitischen Implikationen

Mittwoch, 8. Juni 2011, 11 bis 13 Uhr

A. Problembeschreibung

Im November 2008 hatte die EU-Kommission die Mitteilung „Rohstoffinitiative“ (KOM(2008)699) veröffentlicht. Daran anknüpfend, legte die Kommission am 2. Februar 2011 die künftige Ausrichtung der EU-Rohstoffstrategie in der Mitteilung KOM(2011)25 dar. Darin werden die Herausforderungen auf den drei Feldern: Zugang auf dem Weltmarkt, nachhaltige Versorgung aus europäischen Quellen und Ressourceneffizienz beschrieben.

Parallel zur Entwicklung der europäischen Strategie wurde seit 2007 die Rohstoffstrategie der Bundesregierung in engem Dialog mit der Wirtschaft erarbeitet. Die Bundesregierung formuliert in ihrer im Oktober 2010 veröffentlichten Rohstoffstrategie (BT-Drs. 17/3399) ihre Sorge um die Verengung des Zugangs der deutschen Industrie zu wichtigen Rohstoffen und als Ziel: „ein möglichst unbeschränkter, fairer Handel mit Rohstoffen“. Die Bundesregierung versteht ihre Rohstoffstrategie in diesem Sinne als „Beitrag zu einer nachhaltigen, international wettbewerbsfähigen Rohstoffversorgung der deutschen Industrie“.

Der Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist vor allem an den entwicklungspolitischen Implikationen der Rohstoffstrategien von Bundesregierung und EU interessiert, die sich im Zusammenhang mit der Handels- und Investitionspolitik sowie aus den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Rohstoffpartnerschaften ergeben, in denen, wie es die Rohstoffstrategie formuliert, „außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Zielsetzungen eng miteinander verzahnt“ werden sollen.

Für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern werden in den Rohstoffstrategien von EU und Bundesregierung folgende Ziele formuliert: Korruptionsbekämpfung und Transparenz (Unterstützung für EITI, Zertifizierungsinstrumente etc.), Good Governance, Infrastrukturaufbau und ökonomische Diversifizierung. Kritisch wird auf handelspolitische Maßnahmen von rohstoffexportierenden Ländern verwiesen. Dabei werden immer wieder China und Indien angesprochen. Insbesondere in China, aber auch in weiteren Schwellen- und Entwicklungsländern, lagern bedeutende Vorkommen an den von der EU identifizierten 14 „kritischen Rohstoffen“.

Die EU will bilateral im Rahmen von Freihandels-, Assoziierungs- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sowie multilateral auf der Ebene der Welthandelsorganisation den Abbau von Exportbeschränkungen (Exportzölle, Quoten etc.) durchsetzen. Die Bundesregierung setzt sich innerhalb der EU dafür ein, die Forderung nach Abbau von Exportbeschränkungen mit der Reform der APS-Verordnung zu verknüpfen. Die von EU und Bundesregierung angestrebte Schaffung eines „investitionsfreundlichen Klimas“ zielt auf den Ausbau des Investitionsschutzes für ADI aus der EU im Rahmen von bi-regionalen Abkommen und den Abbau von Steuerungsmöglichkeiten der Zielländer.

In den Verhandlungen mit den afrikanischen Staatengruppen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gehören die Fragen der Exportbeschränkungen und der Investitionspolitik zu den umstrittensten Punkten, denn die Partnerregierungen im Süden messen diesen Instrumenten eine hohe entwicklungspolitische Bedeutung zu.

Dies verdeutlicht den Interessenskonflikt „Zugang der Industrieländer zu Rohstoffen“ vs. „Regulierung der Exporte und Investitionen durch die Länder im Süden zur Förderung ihrer einheimischen Industrie“.

B: Übergeordnete Fragestellung:

- 1) Was bedeuten die Rohstoffstrategien für die Entwicklungszusammenarbeit von EU und Deutschland?
- 2) Welche Konsequenzen haben die Umsetzungen der Rohstoffstrategien von EU und Deutschland für die Länder des Südens?
- 3) Wie kann eine entwicklungsförderliche Rohstoffpolitik aussehen?

C: Ablauf (insgesamt 2 Stunden)

1. Runde: Ausgangslage und Szenarien, Ziele und Strategien (1 Stunde)

Sachverständige:

- NN, BDI
- Gwenole Cozigou, EU-Kommission
- Jörg Mayer, UNCTAD

Ablauf:

- a. Eingangsstatement der Sachverständigen, je 5 Minuten
- b. Fragen der Abgeordneten, 3 Minuten pro Fraktion
- c. Antworten der Sachverständigen

Leitfragen:

- Welche Zukunftsszenarien bis 2050 bzgl. des Zugangs der deutschen und europäischen Industrie zu Rohstoffen skizzieren der BDI und die EU-Kommission? Mit welchen Strategien reagieren sie darauf?
- Wie bewerten BDI und UNCTAD die Rohstoffstrategien Deutschlands und der Europäischen Union?
- Welche Strategien verfolgen Sie (an alle Sachverständigen), um Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen, Konfliktverschärfungen im Zusammenhang mit Rohstoffförderung zu beenden und zukünftig zu verhindern?

2. Runde: Auswirkungen der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik in den Ländern des Südens (1 Stunde)

Sachverständige

- Nohoum Keita, Association des ressortissants et amis de la commune de Falea/Mali
- Heidi Feldt, Beraterin umwelt- und entwicklungspolitischer Prozesse
- Carsten Schmitz-Hoffmann, GIZ

Ablauf:

- d. Eingangsstatement der Sachverständigen, je 5 Minuten
- e. Fragen der Abgeordneten, 3 Minuten pro Fraktion
- f. Antworten der Sachverständigen

Leitfragen:

Wie bewerten Sie die Rohstoffstrategie Deutschlands und der Europäischen Union, auch mit Hinblick auf die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit?

Welche Auswirkungen erwarten Sie vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen für die Rohstoffländer des Südens durch diese Strategien, vor allem für die Bevölkerung?

Welche alternativen Vorstellungen in der Rohstoffförderung etc. haben Sie aus der Sicht des Südens? Gibt es funktionierende Beispiele aus Entwicklungsländern? Sind EITI und *publish what you pay* ausreichend, um grundsätzlich etwas zu verbessern?

Beginn der Sitzung: 11.19 Uhr

Die Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser Anhörung. Zunächst möchte ich den anwesenden Gästen und Sachverständigen erklären, dass wir heute einige Tagesordnungspunkte hatten, die doch zu sehr heißen Diskussionen geführt haben. Deswegen war es nicht möglich, die reguläre Sitzung pünktlich zu schließen.

Ich begrüße ganz herzlich unsere Experten zu diesem Thema, die ich in der Reihenfolge Ihrer Sitzordnung vorstelle. Als ersten Herrn Wieck vom BDI. Herr Wieck, Sie leiten dort die Abteilung Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik. Herzlich Willkommen. Ich begrüße auch herzlich Herrn Gwenole Cozigou – ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen – von der Europäischen Kommission. Sie sind Leiter der Generaldirektion Chemie-, Metallindustrien, mechanische, elektrotechnische und Baugewerbeindustrien und Rohstoffe. Als nächstes Herrn Jörg Mayer von UNCTAD; dort Chefökonom und mit seinem Team verantwortlich für den UNCTAD-Jahresbericht Handel und Entwicklung. Ich sage jeweils kurz, was Sie machen, weil unsere Gäste auf der Empore die Vorlagen nicht haben, die uns als Ausschussmitglieder vorliegen. Dann begrüße ich ganz herzlich Herrn Nohoum Keita von der „Association des ressortissants et amis de la commune de Falea“ (ARAC) aus Mali. A warmly welcome to you. Sie sind von Hause aus Journalist und seit 2010 im Kommunikationsbüro der ARAC engagiert, die sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat und den Bergbauunternehmen in Mali einsetzen. Frau Dr. Heidi Feldt, auch Ihnen ein herzliches Grüß Gott. Seit über 20 Jahren sind Sie als freie Beraterin bei Umwelt- und entwicklungspolitischen Prozessen tätig. Sie haben zu dem Thema vielfache Publikationen verfasst. Und – last, not least – Herr Carsten Schmitz-Hoffmann von der GIZ, der vielen bekannt sein dürfte. Sie leiten das Kompetenzfeld „Agrarhandel und Standards“. Nochmals Ihnen auf der Tribüne ein herzliches Willkommen. Es wird sicherlich auch für Sie eine interessante Anhörung, weil es ein wichtiges Thema ist, was wir heute besprechen.

Wir wissen alle, dass Deutschland ein rohstoffarmes Land ist. Wir sind angewiesen, natürlich auch aus ökonomischen Gesichtspunkten, auf den Zugang und die Sicherung von Rohstoffen. Das gilt aber nicht nur für uns, das gilt für viele Länder. Es findet hier ein großer Wettbewerb, ein globaler Wettlauf um die Rohstoffe statt. Durch das Wachstum in den Schwellenländern besteht dort auch große Nachfrage nach grüner Technologie und High-Tech-Produkten. Ich erinnere nur an Seltene Erden, zu denen immer wieder heftige Diskussionen stattfinden. Hier hält China einen Anteil von 97 Prozent an der Weltförderung und Indien 2,1 Prozent. Und es ist natürlich auch ein Thema, weil es heißt, dass bis jetzt bei 41 analysierten Mineralien und Metalle 14 hinsichtlich ihrer Versorgungssicherheit kritisch eingestuft werden.

So ist es nicht verwunderlich, dass neue Rohstoffstrategien auf den Weg gebracht worden sind.

Dieses geschieht auf europäischer und auch von deutscher Seite, immer unter dem Gesichtspunkt einer Win-Win-Situation. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt: Zum einen Zugang und Zuverlässigkeit der Gewinnung herzustellen, aber zum anderen auch den Profit für die rohstoffexportierenden Länder, zu denen ja vornehmlich die Entwicklungsländer zählen, sicherzustellen. Und nicht nur die Länder an sich, sondern vor allem die Bevölkerung soll partizipieren, auch an den Einnahmen. Das heißt: Transparenz der Geschäftspolitik, freier Zugang, fairer Handel und so weiter. Jetzt kam Kritik auf, nachdem die Rohstoffstrategien verabschiedet worden sind. Man würde mit den neuen Strategien die Ziele nicht mehr erreichen, weil nur einseitige wirtschaftliche Interessen aufgenommen seien. Ich glaube, wir sind uns alle im Saal einig, dass der Ressourcenreichtum gerade auch bei den ärmsten Ländern, die oft die meisten Ressourcen haben, dass dieser Ressourcenreichtum zur Entwicklung mit beitragen muss. Und wie findet man Institutionen, die das verlässlich regeln, die das auf den Weg bringen? Wie kann man die Wertschöpfungsketten in den einzelnen Ländern halten? Ich glaube, das sind alles Themen, die wir heute diskutieren wollen.

Zum Prozedere möchte ich noch folgendes sagen: Wir haben die Anhörung in 2 Teile gegliedert. Beim ersten Teil wird es um die Ausgangslage gehen, es wird um Ziele und Strategien gehen, aber auch um Bewertungen der nationalen Rohstoffstrategie und die Einbeziehung der menschenrechtlichen Aspekte. Dazu werden reden: Herr Wieck, Herr Cozigou und Herr Mayer. Im Teil 2 wird es dann um die Auswirkungen der Rohstoffpolitik in den Ländern des Südens, auch mit Blick auf die Bevölkerung, und um die zukünftige EZ gehen. Es sprechen dann: Herr Keita, Frau Dr. Feldt und Herr Schmitz-Hoffmann. Die Sachverständigen werden jeweils eine Einführung von fünf Minuten machen. Dann kommt die Fragerunde der Kollegen, und ich bitte pro Fragerunde die üblichen 3 Minuten Redezeit einzuhalten. Es kann auch weniger sein, so dass wir ein bisschen Zeit wieder reinholen. Im Anschluss daran werden die Sachverständigen die Fragen beantworten. Ich eröffne jetzt den ersten Teil mit dem Redebeitrag vom Herrn Wieck.

Oliver Wieck (BDI): Ja, vielen Dank, Frau Wöhr. Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier aus Sicht der deutschen Industrie etwas zu dem Aspekt der Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der Europäischen Union beziehungsweise ihren entwicklungspolitischen Auswirkungen zu sagen. Ich freue mich über diese Möglichkeit. Wir stehen als BDI im engen Dialog mit Ihnen, mit den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, mit Frau Kopp und mit anderen, und wir begrüßen es sehr, dass wir auch zu diesem sehr spannenden Thema der Rohstoffsicherheit und Rohstoffversorgung mit Ihnen sprechen können.

Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, weil in der Problembeschreibung für die Vorbereitung der heutigen Aussprache auch die kritischen Töne durchkommen. Ich glaube nicht, dass es zwischen dem Interesse der Bundesregierung und der Industrie bei der Sicherung der

Rohstoffversorgung einerseits und den entwicklungspolitischen Interessen, unseren Interessen in diesen Ländern, aber auch den Ansprüchen der Länder selber, einen Widerspruch geben muss. Ganz im Gegenteil: Aus meiner Sicht besteht die Chance der deutschen, aber auch der europäischen, Industrie gerade darin, auf Nachhaltigkeitsgesichtspunkte, auf den Aspekt der Technologie und des Wissenstransfers und auch auf die Verbesserung der Infrastruktur vor Ort stärker Wert zu legen. Denn wir alle wissen: Es gibt harte Konkurrenz. Die Stichworte sind auch in dem Papier genannt: China, Indien und andere Länder, die mit ganz anderen Bandagen, mit ganz anderen Vorgehensweisen, in diesen Ländern aktiv sind. Die richten sich nicht nach dem gemeinsamen Konsens in Finanzierungsfragen; die machen Finanzierungsangebote, die wir nicht erreichen können, die wir nicht – wie es so schön neudeutsch heißt – matchen können; die arbeiten teilweise auch mit politischem Druck und die haben aus unserer Sicht auch nicht immer, um es vorsichtig zu formulieren, alle entwicklungspolitischen Ziele im Blick. Wir als deutsche Industrie, und das gilt erst recht – wir kommen ja später noch einmal auf die Rohstoffpartnerschaften - im Konzert mit der Bundesregierung, sehen unsere einzige Chance darin, das gemeinsame Interesse an der Rohstoffförderung, an der Sicherung von Rohstoffen, an einer stärkeren Diversifizierung vor Ort und insgesamt – wie ich gerade schon gesagt habe – an einer nachhaltigen Entwicklung zu signalisieren und dann auch zu erreichen. Wenn wir dieses Engagement machen, dann möchten wir natürlich auch gerne, dass das ein sicheres Engagement ist. Wir reden hier von Ländern, wo es teilweise kritische Rahmenbedingungen gibt. Das heißt, für uns sind die Themen Investitionsschutz, Hermesgarantien, politische Flankierung, ungebundene Finanzkredite, ganz wichtig, weil das letztlich natürlich auch die Voraussetzung dafür ist, dass wir das gute Geld, was die Unternehmen verdient haben, dorthin bringen, das Risiko übernehmen und uns dort stärker engagieren.

Das Stichwort Rohstoffpartnerschaften werden wir gleich nochmal weiter verfolgen und da gibt es ja schon erste Beispiele in Kasachstan und in der Mongolei werden ebenfalls dahingehend erste Überlegungen gemacht, und das sind Länder mit schwierigen Rahmenbedingungen.

Es ist die Frage gestellt worden nach den Zukunftsszenarien, sogar bis 2050. Wie Sie sicherlich verstehen werden, werde ich mich hier etwas zurückhalten und zunächst einmal die Binsenwahrheit sagen, dass alle fossilen Rohstoffe endlich sind. Damit will ich letztlich nur ausdrücken, dass das Thema extrem komplex ist. Das Stichwort Seltene Erden, Frau Wöhrle, hatten Sie gerade schon erwähnt. 97 Prozent der geförderten Vorkommen befinden sich in China, aber das sind insgesamt nur 40 Prozent der insgesamt vorhandenen Seltenen Erden. Hier ist das Thema also weniger die Frage der Verfügbarkeit oder des Vorhandenseins, sondern mehr die Frage des Aufbaus und der Weiterentwicklung neuer Förderkapazitäten. Ähnliches gilt für die in den letzten Jahren beobachtete Verknappung von Eisenerzen. Hier gehen die meisten Experten davon aus, dass diese Verknappung in den nächsten zwei bis drei Jahren ein Ende haben wird, sich die Märkte wieder stabilisieren und die Preise wieder heruntergehen werden.

Das ist einfach durch die simple Tatsache geschuldet, dass hier neue Förderkapazitäten aufgebaut worden sind. Unterschätzen Sie hier nicht die Innovationskraft der Unternehmen. Wir stehen im Moment vor großen Herausforderungen, und natürlich wird mit Recht die Frage gestellt, wie die Unternehmen reagieren können. Es findet gerade, ich will noch nicht von einem Umdenkungsprozess reden, ein Frageprozess statt, inwieweit Unternehmen, die sich bisher in der weiteren Wertschöpfungskette befunden haben, sich rückwärts gewandt darum kümmern, woher denn die Primärrohstoffe kommen. Das ist der eine Aspekt. Der andere Aspekt ist sicherlich, dass auch Alternativen und Substitute zu den vorhandenen Rohstoffen entwickelt werden. Das wird alles nicht von heute auf morgen funktionieren, aber das ist natürlich eine Reaktion aus Sicht der Industrie auf die große Herausforderung Verknappung der Rohstoffe.

Die Verbesserung der Effizienz ist ebenfalls ein Thema. Das Recycling – auch dazu werden wir nachher noch kommen – ist ebenfalls ein Thema. Also hier gibt es eine ganze Reihe von Ansätzen für die Unternehmen, wie sie auf die Verknappung der Rohstoffe reagieren können. Aus unserer Sicht muss allerdings heute und in Zukunft weiterhin im Zentrum stehen, den freien Zugang zu Rohstoffen weltweit zu sichern, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, Exportbeschränkungen und Exportrestriktionen abzubauen und Quoten und ähnliches zu verhindern. Weil letztlich - egal, was wir hier machen, welche Überlegungen wir als Industrie anstellen gemeinsam mit der Bundesregierung - auch künftig ein Großteil der Rohstoffversorgung über den freien Welthandel laufen wird, und das muss auch in Zukunft gewährleistet sein.

Wir sind gebeten worden, die Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der EU-Kommission kurz zu bewerten. Wir unterstützen die Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Der Schwerpunkt wird hier auf den Bereich Handelshemmnisse beziehungsweise Bekämpfung von Handelshemmnissen und von Wettbewerbsverzerrungen gesetzt. Das finden wir richtig. Unser Wunsch und unsere Hoffnung, die wir mit der Rohstoffstrategie verbinden, ist, dass wir davon ausgehen, dass dieses Papier auch zu einer stärkeren Kohärenz der einzelnen Ressorts der Bundesregierung führt. So können die verschiedenen Aktivitäten der verschiedenen Ministerien stärker miteinander rückgekoppelt und abgestimmt werden. Das ist für uns bei dem zentralen Thema der Rohstoffversorgung natürlich exorbitant wichtig.

So verstehen wir auch die Überlegung zu den Rohstoffpartnerschaften. Das ist primär eine Aufgabe der Industrie, die Projekte, die Rohstoffe und die gemeinsamen Ansätze zu identifizieren, die man mit den Ländern verfolgen will. Ganz wichtig ist für uns aber, dass wir ein kohärentes Auftreten der Bundesregierung und eine umfassende politische Flankierung durch die Bundesregierung haben.

Die Vorsitzende: Ich darf Sie an die fünf Minuten erinnern, wir haben jetzt sieben. Wir kommen sonst nicht durch. Es ist auch eine Kunst, knapp und präzise auf das Wichtige zu kommen.

Oliver Wieck (BDI): Genau, richtig. Aber Sie haben auch viele Fragen gestellt, Frau Wöhl.

Die Vorsitzende: Sie haben nachher bei der Fragerunde noch die Möglichkeit zu antworten.

Oliver Wieck (BDI): Ja, dann mache ich es mal ganz kurz: Was die EU-Strategie angeht, finden wir diese im Prinzip auch in Ordnung. Sie beruht auf 3 Säulen, die ich hier jetzt nicht wiederholen will.

Ich habe eine kleine Sorge bei der EU-Mitteilung und der Fortsetzung vom Februar, dass der Fokus weg ist von der Verbesserung der Rohstoffversorgung hin zu anderen Themen. Es werden da Nahrungsmittelsicherheit oder die Finanzmarktregulierung erwähnt. Hier ist einfach unsere Bitte an die EU-Kommission, dass man den Fokus auch weiterhin auf die Sicherung der Rohstoffversorgung setzt. Soweit von meiner Seite.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich weiß, dass es schwierig ist, sich kurz zu fassen. Herr Cozigou, bitte.

Gwenole Cozigou (EU-Kommission): Danke. Ich muss mich zunächst entschuldigen, weil ich wahrscheinlich heute derjenige bin, der die Sprache Goethes massakriert wird. Ich komme aus dem Generaldirektorat „Chemie-, Metall-, mechanische, elektrotechnische und Baugewerbeindustrien und Rohstoffe“ und dort haben wir unsere Überlegungen darauf fokussiert, das Problem unserer Industrie mit der Rohstoffversorgung zu thematisieren. Rohstoffe sind sehr wichtig, weil die Chemie- und Automobilindustrie sie brauchen und auch neue Technologien, wie Windräder, ebenfalls Rohstoffe, im Wesentlichen Seltene Erden, benötigen. 97 Prozent der Produktion dieser Seltenen Erden kommt aus China. 97 Prozent der Produktion, nicht der Ressourcen. Aber China ist ebenfalls nicht unabhängig von Ressourcen und auch China wird das früher oder später entdecken.

Deswegen gibt es die europäische Rohstoffinitiative, die sehr früh im Jahr 2008 entwickelt wurde und jetzt im Februar 2011 durch die Grundstoffmärkteproblematik ergänzt wurde. Die drei hierbei entscheidenden Säulen erwähne ich an diesem Punkt knapp und schnell: Die erste Säule - auf die ich noch zurückkomme - ist der Zugang zu Rohstoffen außerhalb der EU, die zweite der Zugang zu Rohstoffen innerhalb der EU und die dritte Säule ist Ressourceneffizienz, Recycling und Substitution.

Bei der internationalen Dimension gibt es verschiedene Aspekte. Wir agieren unilateral und bilateral durch Zusammenarbeit und Verhandlung. Wenn möglich erfolgen zunächst die Zusammenarbeit und dann die Verhandlung und nach diesen beiden folgen dann Handels- und

Entwicklungspolitik. Das Thema „Dialog“ wurde innerhalb der G20 diskutiert und ist jetzt auf der Tagesordnung. Es gibt mittlerweile Arbeiten – das wird wahrscheinlich später noch ergänzt –, die in der OECD erstellt wurden. Es gibt Studien, damit die Konsequenzen von Handelsbeschränkungen durchanalysiert werden können. Es ist nicht so eindeutig, dass Handelsbeschränkungen für ressourcenreiche Länder eine gute Sache sind. Man kann sich nur schlecht vorstellen, dass Investoren investieren werden, wenn sie nicht wissen, ob sie stabile Rahmenbedingungen vorfinden. Im Hinblick auf die Handelsverhandlungen durch die WTO gibt es zurzeit ein Panel mit den amerikanischen Ländern USA und Mexiko gegen chinesische Exportmaßnahmen bei neuen Rohstoffen und man wird sehen, welche Ergebnisse herauskommen. Bei bilateralen Verhandlungen, so bei den Freihandelsabkommen, wird im Moment ein Abkommen mit Indien verhandelt, wo Rohstoffe natürlich eines der Themen ist und nicht eines von den einfachsten Themen. In diesem Zusammenhang schlagen wir die Einbeziehung von Handelsregeln für Ausfuhrbeschränkungen vor. Das beinhaltet Exportverbote, Exportquoten und nicht automatische Ausfuhrlicenzen.

Für unsere Gesellschaft wichtige Rohstoffe befinden sich in Entwicklungsländern. Das Rohstoffpotential zum Beispiel von Afrika bietet ein großes Potential nachhaltigen Wirtschaftswachstums, und es kann diesen Staaten im Kampf gegen die Armut helfen. Wir müssen deswegen hier unterstützen, damit nachhaltig gearbeitet wird. Wir haben da eine Tradition, und deswegen unterstützt die Kommission Versuche, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Dies geschieht beispielsweise durch länderspezifische technische Unterstützung, um so eine höhere Transparenz der Einnahmen im Rahmen von EITI, der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft, zu erreichen oder auch durch Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvoller Staatsführung im Steuerbereich. Verschiedene Projekte wurden über den Infrastrukturtreuhandfond für Afrika von der EU durch die europäische Investitionsbank finanziert, wie Kredite für Bergbauprojekte oder geologische Gutachten aus den Mitteln vom Siebten Forschungsprogramm. Die Herausforderungen, den rohstoffreichen Entwicklungsländern gegenüber, sind mannigfaltig und betreffen auch die Regierungsführung und das Wissensmanagement. Es ist wichtig, dass diese Länder bescheid wissen über ihr Rohstoffpotential. Das ist die Grundlage für substanzielle und langfristig tragfähige Entscheidungen.

Ich werde enden mit einem Hinweis zum EU-AU-Abkommen. Im Juni 2010 wurde es auf Grundlage der Europäischen Rohstoffinitiative und der African Mining Vision geschlossen, und es wurde die Zusammenarbeit in drei Bereichen vereinbart: Stärkung der guten Regierungsführung, Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung geologischer Kenntnisse und Fähigkeiten. Um hier praktisch arbeiten zu können, brauchen wir konkrete Nachfragen der einzelnen Länder. Es ist nicht die Afrikanische Union selbst, die lediglich den politischen Rahmen bietet. Einzelne Länder selber müssen ein Interesse haben, damit wir aktiv werden können.

Ich gehe nicht mehr auf die Zertifizierung von Rohstoffen ein, weil ich keine Zeit mehr habe. Nur kurz: Diese Politik gegenüber Entwicklungsländern muss ergänzt werden durch eine entsprechende Politik in der EU, sodass unsere Ressourcen ebenfalls genutzt werden können. Und das bedeutet Zugang zu EU-Rohstoffen, natürlich unter nachhaltigen Bedingungen, und hier kommt dann Ressourceneffizienz, Recycling und so weiter, zur Anwendung, die von mir bereits erwähnte dritte Säule. Danke.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Mayer.

Jörg Mayer (UNCTAD): Vielen Dank, Frau Wöhrl. Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich hier zu sein, um zu erläutern, welche Schwerpunkte die UNCTAD im Rohstoffbereich hat. Ich habe eine schriftliche Stellungnahme vorbereitet, die will ich jetzt aber nicht vorlesen, sondern ich will in meinen – ich stelle sie Ihnen gerne zur Verfügung –mündlichen Erläuterungen zu den drei Leitfragen Stellung nehmen, die in der Einladung formuliert worden sind.

Zuerst möchte ich zwei allgemeine Bemerkungen machen zu der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Zum einen finde ich die Einschätzung der physischen Verfügbarkeit verhältnismäßig optimistisch und zum zweiten überrascht es mich, dass die Preisentwicklung überhaupt nicht angesprochen wird. Hier vermittelt das höhere Niveau der Preise einen Eindruck über die physische Verfügbarkeit von Rohstoffen in dem Sinne, dass das Wachstum des Angebots nicht Schritt hält mit dem Wachstum der Nachfrage. Das gilt auch für die Preisfluktuation, wobei eine hohe Preisfluktuation eindeutig auch einen negativen Einfluss hat auf die Industrieunternehmen. Ich weiß nicht, ob wir das nachher noch einmal näher ansprechen. Lassen Sie mich zunächst mit der dritten Leitfrage anfangen, nämlich welche Strategien UNCTAD verfolgt in den nicht-ökonomischen Bereichen der Rohstofffrage. UNCTAD ist die Organisation der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung und hat insofern ihren Schwerpunkt bei den ökonomischen Fragen. Die Bereiche, die in der Leitfrage erwähnt werden, werden in der UNCTAD nur angesprochen hinsichtlich des Zusammenhanges von Ökonomie und Umwelt.

Hinsichtlich der ersten Leitfrage, mit welchen Strategien die UNCTAD auf die Rohstoffstrategien des BDI und der EU reagiert. UNCTAD selber ist natürlich nicht zugeschnitten, speziell auf solche einzelnen Initiativen zu reagieren, sondern wir sind viel breiter angelegt. Frau Wöhrl sprach vorher von der Win-Win-Situation und hier muss man sagen, dass der Ansatzpunkt der UNCTAD sozusagen auf der anderen Seite ist. Es geht der UNCTAD nicht um die Rohstoffsicherung der Industrie in den Industrieländern, sondern um die Frage: Wie können Rohstoffförderung und Rohstoffexporte aus den Entwicklungsländern zur Entwicklung der Entwicklungsländer beitragen? Die UNCTAD spricht in diesem Sinne Empfehlungen aus, aber

wir haben im Verhältnis zu anderen Instituten wie IWF, Weltbank oder WTO nicht die Möglichkeit, diese Empfehlungen verbindlich zu machen. Als sehr wichtig sehen wir die makroökonomische Strategie an und die Lösung der Frage, wie man Rohstoff Erlöse zur nachhaltigen Entwicklung des Rohstoffsektors selbst verwendet. Aber auch der Strukturwandel spielt eine Rolle, wobei ein Schwerpunkt die Vermeidung einer Aufwertung der Währung ist. Andere Punkte sind die steuerlichen Aspekte der Regeln des Exports und die Behandlung von Auslandsinvestitionen. Ich werde zu diesen später noch etwas sagen. Die UNCTAD unterstützt die Entwicklungsländer auch bei den Verhandlungen innerhalb der WTO, allerdings nicht in den bilateralen Verhandlungen, falls es nicht ausdrücklich gewünscht wird. Unser Schwerpunkt liegt also auf den multilateralen Verhandlungen und nicht auf den bilateralen.

Hinsichtlich der zweiten Leitfrage, nämlich der Bewertung der Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der EU freue ich mich festzustellen, dass die Entwicklungsziele der Entwicklungsländer zumindest als flankierende Maßnahmen berücksichtigt sind. Aber es ist klar, dass hier zunächst an eine nachhaltige, internationale, wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung der Industrienationen gedacht ist. Das, finde ich, ist verhältnismäßig einseitig.

Hinsichtlich der Strategien, die empfohlen werden: Freihandel und vor allem Förderung der Auslandsinvestitionen. Wie schon vorher bemerkte, unterstützen oder vertreten wir auch steuerliche Aspekte. Ich glaube, man sollte nicht aus dem Blick verlieren, dass es für viele Entwicklungsländer sehr wichtig ist, die Steuern aus dem Export und die gerechte Verteilung der Rohstoff Erlöse zwischen den Auslandsinvestoren und dem eigenen Land zu erreichen. Vergleicht man die Rohstoffinitiative der Bundesregierung mit der der EU, scheint mir die EU-Strategie ausgewogener zu sein. Hier insbesondere auch - ich unterstütze das, was vorher auch schon von Herrn Wieck angesprochen wurde - Nahrungsmittelsicherheit und Finanzmarktregulierung, die angesprochen werden. Die Finanzmarktregulierung wird zwar bei der Strategie der Bundesregierung angesprochen, aber nur innerhalb der Interessen der Industrie in der Bundesrepublik. Und ich glaube, es ist sehr wichtig zu sehen, wie das im Übrigen auch die EU unterstreicht, dass die Funktionsweise der Rohstoffmärkte und der Börsen der eigentliche Schwerpunkt innerhalb von der Reform sein sollte. Gut, vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich eröffne die Aussprache. Frau Koczy.

Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. Zwei Vorbemerkungen von mir: Entwicklungspolitik und Rohstoffe haben sehr viel miteinander zu tun. Ich erinnere an 500 Jahre Eroberung Lateinamerikas, ein klassisches Thema der Ausplünderung anderer Kontinente für den eigenen Bedarf. Und dann kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen zu der Binsenwahrheit, fossile Rohstoffe seien endlich. Die Debatten der letzten Jahre zeigen ganz deutlich, dass es nie eine Binsenwahrheit gab, sondern da wurde vielmehr gesagt, die Rohstoffe

würden ausreichen, es würden immer genügend gefunden werden und es gäbe ausreichend fossile Reserven. Es freut mich, dass es jetzt eine Binsenwahrheit ist und sie inzwischen auch bei der Industrie angekommen ist. Ich freue mich auch, dass Sie alle da und bereit sind, dem entwicklungspolitischen Diskussionsbedürfnis nachzukommen und Ihre Kommentare abzugeben.

Ich habe Fragen an alle. Es geht natürlich bei den Rohstoffstrategien, sowohl die der EU als auch die der Bundesregierung, um den Abbau von Handelshemmnissen; das haben wir jetzt ja auch ausgiebig gehört. Wir wissen, dass die Exportzölle häufig wichtige Staatseinnahmen für die Entwicklungsländer sind, und die sind dann ein gezieltes Instrument für Entwicklungsprozesse im Land selber. Wird dieses Dilemma in den Rohstoffstrategien Ihrer Meinung nach berücksichtigt? Wie ist Ihre Position dazu? Und wie gehen Sie mit diesem Interessenkonflikt um? Auch an alle die Frage: Der Dodd-Frank-Act verpflichtet Rohstoffunternehmen, die an US-Börsen gelistet sind, ihre Zahlungen offenzulegen. Das ist eine Initiative auf dem US-amerikanischen Markt von der US-amerikanischen Regierung. Es wird jetzt momentan intensiv diskutiert, ob eine solche Regulierung auch in der EU verabschiedet werden sollte. Wir begrüßen das ausdrücklich, und aus unserer Sicht muss der Dodd-Frank-Act globaler Maßstab werden. Wie ist der aktuelle Stand der Debatte auf EU-Ebene? Wie positioniert sich die deutsche Wirtschaft dazu? Wie wird das Thema verbindliche Offenlegung und darüber hinausgehend verbindliche Standards innerhalb der UNCTAD diskutiert? Sie haben sicherlich alle drei gemerkt, an wen die Fragen sich richten.

Jetzt habe ich noch eine Minute und noch eine Frage an Herrn Wieck. Die Interessen der rohstoffreichen Länder und die Frage der Fragilität, die gerade in diesen Ländern auftaucht: Wie diskutiert der BDI diese Probleme? Also, wenn zum Beispiel in Tansania das Unternehmen Barrick Gold Corporation merkt, dass die große Goldmine North Mara durch Kriminelle bekämpft wird. Sie strengen sich dort an, um Initiativen zu schaffen und der Bevölkerung zu helfen. Uns gegenüber wird ebenso deutlich erklärt, sie könnten eigentlich nichts tun, weil der Staat und die Strukturen nicht funktionieren würden. Wie diskutiert man solche Probleme von Unternehmen in fragilen Situationen? Letztlich kann so etwas dazu führen, dass irgendwann mal keine Einnahmen kommen, weil Krieg und Konflikte entstehen. Da hätte ich gern Ihre Position zu.

Dann habe ich noch eine letzte Frage an Herrn Cozigou: Wie stehen Sie zum Moratorium für die Finanzierung von Bergbauprojekten, das EU-Parlamentarier Ende Mai in einem Offenen Brief an EU-Ratspräsidentschaft und EU-Kommission gefordert haben. Ihre Einschätzung dazu wäre mir sehr, sehr wichtig. Danke.

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Ja also, auch von meiner Seite erst mal herzlichen Dank für die Beiträge. Ich habe ein paar konkrete Fragen, zunächst einmal an Herrn Wieck. Mich würde interessieren, wie hoch Sie den Anteil einschätzen, den der BDI zur Rohstoffstrategie

Deutschlands beigetragen hat in der Ausarbeitung? Wie viel Prozent an Ideen haben Sie da mit eingebracht, und wie viele Mitarbeiter haben Sie dem BMZ von Ihrer Seite zur Verfügung gestellt, um – sagen wir mal – dort die Politik aktiv mitzugestalten? Das würde mich interessieren.

Dann haben Sie gesagt, Sie sehen keinen Widerspruch zwischen Rohstoffförderung und der Rohstoffstrategie einerseits und den Entwicklungszielen der Länder des Südens andererseits. Ich habe hier den Satz von Joseph Stiglitz, der gesagt hat: „Wenn du aus einem Entwicklungsland stammst, stelle sicher, dass deine Regierung kein bilaterales Investitionsschutzabkommen unterschreibt.“ Was halten Sie von dieser Position?

Die Frage mit den Schutzzöllen wurde ja bereits angesprochen, die Exportzölle. Das sind ja wichtige Einnahmen für die Entwicklungsländer. Wieso wird in Rohstoffstrategien darauf gedrängt, dass diese Zölle gesenkt werden beziehungsweise fallen müssen, obwohl sie eine wichtige Einnahmesäule darstellen? Wieso drängen die EU und Deutschland darauf, die eigenen Konzerne wie Inländer zu behandeln, wenn es doch darum gehen soll, die Binnenwirtschaft der Entwicklungsländer zu fördern, Das schränkt doch auch die Entwicklung der heimischen Wirtschaft und der Unternehmen massiv ein. Wie stehen Sie dazu?

Das wäre auch gleichzeitig die Frage an die EU-Kommission. Diese aggressiven Strategien, Zugang zu den Märkten in den Entwicklungsländern zu bekommen, wie können Sie das als entwicklungsförderlich beschreiben? Wo sehen Sie dort Entwicklungschancen? Wo sehen Sie außerdem Möglichkeiten der stückweisen Industrialisierung in den Ländern des Südens und der eigenen Weiterverarbeitung von Rohstoffen?

Und können Sie mir sowohl vonseiten der EU oder auch von der des BDI Beispiele nennen, wo in Ländern des Südens gezielt eine eigene Weiterentwicklung und eine Wertschöpfungskette aufgebaut wird durch Rohstoffförderung der EU oder deutscher Konzerne. Sie sprachen ja auch von Technologietransfer, Knowhow, und all dem. Also, wo könnte man sagen, dass hier wirklich ein Entwicklungsschub für die Länder des Südens da ist.

Dann frage ich Sie: Wie gehen Sie mit konkreten Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch europäische Konzerne um? Meine Kollegin hat das ja angesprochen, und da würde ich auch noch einmal nachhaken wollen: Wie reagieren Sie konkret als BDI, als Verband, oder wie reagiert die EU-Kommission beim Bekanntwerden von Menschenrechtsverletzungen oder Vertreibungen durch Rohstoffabbau. Wir kennen ja die ganze Bandbreite, die da ist. Was sind da Ihre konkreten Initiativen?

Und meine Frage an Herrn Mayer wäre: Gibt es Vorstellungen vonseiten der Vereinten Nationen, wie eine entwicklungsförderliche Rohstoffstrategie aussehen könnte? Welche konkreten Vorschläge gibt es, wegzukommen von den vorherrschenden aggressiven Liberalisierungsansätzen? Danke.

Abg. Helmut Heiderich (CDU/CSU): Ebenfalls herzlichen Dank für die Argumente, die Sie

vorgetragen haben. Mich interessieren vor allen Dingen zwei Bereiche.

Der eine ist eben schon angesprochen worden, die Frage multilateraler – bilateraler Abkommen. Wir sind ja jetzt seit einiger Zeit in der berühmten Doha-Runde und so wie das aussieht, kommt man dort nur sehr geringfügig voran. Wie beurteilen Sie diese Situation? Sehen Sie auch, dass wir aufgrund der doch sehr schwerfälligen multilateralen Ausarbeitungen wieder zurückkommen zu stärkeren bilateralen Vertragsverhältnissen unterschiedlich interessierter Länder? Und ist das eine generelle Tendenz, oder ist das einfach im Moment nur ein Problem der Blockade durch die Doha-Runde?

Der zweite Bereich: Rohstoffe. Wir haben in den letzten Jahren sehr heftige Ausschläge und eine sehr große Bedeutung der Rohstoffbörsen erlebt, und daraus leiten sich eine ganze Reihe von Problemen ab. Da spielt immer wieder eine große Rolle die Frage der Spekulation, und deswegen interessiert mich von Ihnen allen insgesamt: Wie beurteilen Sie die Bedeutung dieser Rohstoffbörsen? Sehen Sie Möglichkeiten, diese Ausschläge einzuschränken und die Spekulation in diesen Bereichen einzudämmen und zu einer besseren Verstetigung der gesamten Rohstoffversorgung über diese Rohstoffbörsen zu kommen? Schönen Dank.

Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD): Viele Fragen sind schon von den Kollegen, insbesondere Koczy und Hänsel, gestellt worden. Neben dem Dank an die Referenten möchte ich insbesondere an den Vertreter des BDI auch noch mal ganz klar sagen: Der Grund, warum wir uns in diesem Ausschuss mit den Fragen beschäftigen, ist der, dass es statistisch leider so ist, dass die Entwicklungsländer mit den größten Rohstoffvorkommen die größten Probleme haben. Soviel zu Ihrer Aussage, es da müsse kein Widerspruch bestehen.

Das ist auf den ersten Blick zunächst einmal paradox. Aber für ganz viele Länder haben sich eben Rohstoffe als Fluch und nicht als Segen erwiesen und deswegen glaube ich, sind die Fragen, die zum Teil schon gestellt wurden, ganz entscheidend. Wie können die Gewinne von Rohstoffpartnerschaften so gestaltet werden, dass die Firma, die investiert, einen fairen Anteil hat, damit sie eben investieren kann? Aber eben auch: Wie können diese Gewinne dann genutzt werden für die Länder, die die Last der Rohstoffförderung tragen, durch Verlust von Biodiversität, durch Wildern. Aber auch durch Umsiedlungen, die zum Teil zwangsläufig geschehen und ja nur geschehen können, wenn Entschädigungen gezahlt werden. Wie kann man das transparent machen?

Und da auch konkret die wiederholte Frage nach dem Dodd-Frank-Act. Es würde mich freuen, wenn der BDI solche Überlegungen auch unterstützt. Welche Bemühungen gibt es da? Es muss unser aller unser Ziel sein, dass sich jedes europäische Unternehmen, was an der Börse gehandelt wird, verpflichten muss, die finanziellen Ströme offen zu legen. Denn das ist der erste Schritt dahin, dass man mit der Zivilgesellschaft und dortigen Politikern glaubhaft diskutieren kann, wie eine Gewinnverteilung dieser Finanzströme stattfinden soll.

Und das wäre die nächste Frage: Wir haben viele Verträge in der Vergangenheit mit Entwicklungsländern gehabt, die sind entweder von Regierungen, die sich nicht auskannten, oder von Regierungen, die korrupt waren, abgeschlossen worden und galten 20, 30 Jahre lang, obwohl sie nicht zum Wohl der Bevölkerung gewesen sind. Wir hatten in Bolivien zum Beispiel den Fall, dass über die Gasverträge neu verhandelt wurde. Da hat man sich erst tierisch entrüstet, weil eine Verstaatlichung befürchtet wurde und weitere Vorwürfen im Raum standen. Aber am Ende haben wir alle eingesehen, dass es gar nicht so verkehrt war, diese Verträge, auch wenn es formalrechtlich sicherlich schwierig war, noch einmal begutachten zu lassen. Gibt es auch ein Instrument gegen sittenwidrige Verträge vorzugehen, das man auf UN-Ebene einführen könnte? Dass man sagen könnte: Wenn eine Regierung zu Lasten der Bevölkerung etwas abschließt, dann muss eben auch der Unternehmer, der so einen Vertrag abgeschlossen hat, damit rechnen, dass der Vertrag keinen Bestand hat. Deswegen müsste es gerade im Interesse des BDI sein, wenn die Bundesregierung im Rahmen von Rohstoffpartnerschaftsabkommen stärker auf den Aspekt der Gewinnverteilung achtet. Dann hätten Sie eine größere Investitionssicherheit. Dann wüssten Sie, wenn so ein Abkommen von allen Seiten als gewinnbringend akzeptiert wird, dass nach 20 Jahren keiner kommt und sagt: So, jetzt verstaatliche ich die Investition. Deswegen glaube ich, dass es eine wirkliche Win-Win-Situation wäre, wenn wir etwas wie den Dodd-Frank Act hinbekämen. Darüberhinausgehend muss am Anfang eines solchen Abkommens eine Einigkeit über eine faire Gewinnverteilung erzielt werden. Ich glaube, dann wäre allen Seiten geholfen. Vielleicht können Sie sagen, ob Sie dazu Lösungsvorschläge haben, wie man das erreichen kann.

Abg. Joachim Günther (Plauen), (FDP): Jetzt könnte ich einige Fragen auch noch mal wiederholen, das tue ich aber nicht. Ich bedanke mich herzlich für die Informationen.

Herr Wieck, Sie haben unter anderem dargelegt, dass sich China, Indien und andere Länder in der Region des Südens nicht ganz den entwicklungspolitischen Zielen verpflichtet sehen, sondern als erstes ihre Interessen im Auge haben. Welcher Einfluss kann vom Ausland überhaupt ausgeübt werden, auch von der EU oder anderen Organisationen, dass dies in normalen Bahnen läuft? Wir kennen die Situation: China sichert sich Rohstoffvorkommen im Ausland, bremst eigene Entwicklungen im Land, also den Export von eigenen Rohstoffen. Hier soll es ja sogar irgendwie Klagen geben. Wie schätzen Sie die Chancen ein? Kann sich etwas ändern, indem internationale Organisationen versuchen, Einfluss nehmen?

Die zweite Frage an die EU-Kommission: Sie haben dargelegt, dass Sie ein günstiges Investitionsklima schaffen wollen, dass Sie vor allem Staatsführung und den Steuerbereich unterstützen. Sie handeln im Rahmen der EU, aber wir alle, die unterwegs sind, erfahren bei den Gelegenheiten oftmals, dass es zwischen EU-Ländern unterschiedliche Auffassungen gibt. Wie sehen Sie zum Beispiel Madagaskar, wo Frankreich eigene Interessen und nicht die

EU-Interessen vertritt? Gibt es Ansatzpunkte, dass sich da etwas ändert? Sehen Sie Entwicklungsmöglichkeiten, dass man doch wieder gemeinsam an einem Strang zieht?

Und als drittes an Herrn Mayer: Auch Sie haben dargelegt, dass Sie multilaterale Verhandlungen als wichtig und erfolgsversprechend ansehen. Können Sie mir 2 bis 3 konkrete Beispiele nennen, wo solche Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben? Was würde den Ländern konkret helfen, um eigene Strukturen aufzubauen und mehr Nutzen aus den Rohstoffvorkommen zu haben? Danke.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt haben Sie, meine Herren, die zeitliche Herausforderung, viele Fragen in jeweils 5 Minuten zu beantworten. Sonst kommen Ihre Experten-Kollegen vom 2. Block nicht mehr zu Wort Also, wir fangen jetzt andersherum an: Herr Mayer, bitte.

Jörg Mayer (UNCTAD): OK, ich glaube, das sind jetzt vor allem drei Fragenbereiche. Der erste ist der Dodd-Frank-Act und die Finanzmarktregulierung. Der zweite die Vorschläge zur Rohstoffstrategie, was auch die Besteuerung und die Gewinnverteilung einbezieht. Und der dritte sind die multilateralen Verhandlungen.

Zum Dodd-Frank-Act oder überhaupt zur Finanzmarktregulierung möchte ich darauf hinweisen, dass UNCTAD am Sonntag eine Studie über die Preisbildung im Rohstoffmarkt veröffentlicht hat und die Rolle, die die Informationen dabei spielen. Die Studie hat ihren Schwerpunkt vor allem bei der Zunahme der Finanzinvestitionen an den Börsen gelegt. Wir unterstützen natürlich Dodd-Frank und auch die MiFID von der EU, die im Prinzip in die gleiche Richtung gehen. Man muss allerdings sehen, dass die Situation in Europa im Moment „verhältnismäßig schlecht ist“, vor allem hinsichtlich der Transparenz, die Sie angesprochen haben. Da besteht auf europäischer Ebene Nachholbedarf.

Hinsichtlich der konkreten Vorschläge für Rohstoffstrategien: Ich habe vorher schon angesprochen, dass wir uns vor allem auf die makroökonomische Problematik konzentrieren und diese in zwei Minuten auszuführen, ist natürlich schwierig. Es geht zum einen darum, wie man über Verhandlungen mit den Auslandsinvestoren erreicht, dass tatsächlich ein fairer Anteil der Exporterlöse für das Land übrigbleibt. Und es geht darum, wie viel von diesen Erlösen im Ausland investiert werden oder unmittelbar ins Inland gebracht werden. Die Erlöse, die ins Inland gebracht werden, wenn das zu viele sind, in Anführungszeichen, das führt dann zu dem Risiko der Währungsaufwertung. Das würde die Industrialisierungsstrategie des jeweiligen Landes behindern. Hinsichtlich der Besteuerung und der Gewinnverteilung unterschreibe ich, was Herr Raabe gesagt hat. Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme noch weitere Ausführungen dazu gemacht.

Als letztes die multilateralen Verhandlungen: Es ist so, dass die Doha-Runde sich nur mit Landwirtschaft beschäftigt. Mineralien und Öl und sowas wird nicht in multilateralen Foren

verhandelt. Und selbst die Landwirtschaft stand zum ersten Mal auf dem Programm von multilateralen Verhandlungen bei der Uruguay-Runde. Also insofern: Für Mineralrohstoffe gibt es derartige Verhandlungen nicht.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Herr Cozigou bitte.

Gwenole Cozigou (EU-Kommission): Ja, das waren eine Menge Fragen. Ich werde auch versuchen, sie aufzuteilen. Über Handel: Zunächst einmal zwingt die EU keinen, Rohstoffe zu exportieren. Der Grund, warum sie exportiert werden, besteht darin, dass die Länder, die sie exportieren, und die Unternehmen, die da arbeiten, daran ein Interesse haben. Aber ich muss auch vielleicht einen Zweifel zerstreuen: Wenn wir mit Hilfe von Handelsregeln Kontrolle ausüben, dann sind zum Beispiel im multilateralen Rahmen durchaus Ausnahmen möglich, wenn wir Handelsdisziplin einschließen. Es gibt Fälle, wo zu Entwicklungs- oder Umweltzwecken bestimmte Maßnahmen ermöglicht werden, die – ich würde nicht sagen exportwidrig – aber Exportbegrenzend sein können, und das wird nicht in Frage gestellt. Aber wenn Handelsregeln existieren, dann müssen sie angewandt werden, sonst macht es nicht viel Sinn, dass wir sie im Rahmen internationaler Abkommen genehmigen.

Dodd-Frank: Wie Sie wahrscheinlich wissen, hat die Europäische Kommission den Europäischen Rat und das Europäische Parlament um ihre Meinungen gebeten. Es gab auch eine offene Konsultation darüber, und jetzt wird intern bewertet, ob Impact Assessment eine richtige Maßnahme ist oder nicht. Hierbei gibt es auch technische Fragen, die sich stellen, wenn man sich mit der Anwendung beschäftigt: Wie weit und was überhaupt soll berichtet werden und so weiter. Wir denken, dass es normalerweise innerhalb der nächsten Monate schon zu Schlussfolgerungen kommen kann, ob und was dann gemacht wird.

Abg. Karin Roth (Esslingen), (SPD): Wann soll das genau sein?

Gwenole Cozigou (EU-Kommission): Das kann ich Ihnen nicht sagen, ich bin nicht die zuständige Stelle. Bitte?

Jörg Mayer (UNCTAD): Wenn ich hier jetzt kurz eingreifen darf. Es gab eine Abstimmung des Ausschusses des europäischen Parlaments im Mai. Das ist dann überwiesen worden an das Plenum und dieses soll die Sache noch im Juli besprechen.

Gwenole Cozigou (EU-Kommission): Ja, das hatten wir vor, aber ich kann das nicht sicher sagen. Geplant war Herbst, um zu einer Schlussfolgerung zu kommen.

Die Frage, wie man durch diese Aktivitäten eigentlich Entwicklung und Wachstum bringen kann,

ist eine schwere Frage. Wenn es aber leicht wäre, hätten wir schon überall Entwicklung und Wachstum geschaffen. Ich würde sagen, dass normalerweise makroökonomische Investitionen höhere Einkommen und Nachfrage bringen. Aber dafür braucht man bestimmte Bedingungen, und deswegen arbeiten wir an Governance Transparency und Verantwortlichkeit. Ich möchte dafür ein Beispiel aufzeigen, die Arbeit der Weltbank. Sie unterstützt die Regierungen in Vertragsverhandlungen. Und es ist sehr, sehr wichtig, solche Initiativen zu unternehmen. Sehr oft fehlt die Expertise in diesen Ländern, um die Verträge korrekt zu verhandeln und um so sicherzustellen, dass die Erlöse zu den richtigen Stellen kommen, nämlich zum nationalen Haushalt. Aber das ist eine ziemlich globale Frage.

Rohstoffmärkte und Rohstoffbörsen: Man muss zunächst sehen, dass sich die Situation innerhalb verschiedener Rohstoffe komplett unterschiedlich darstellt. Es gibt Rohstoffe, die in der London Metal Exchange ausgetauscht werden; es gibt einige, die überhaupt keinen öffentlichen, transparenten Markt haben. Die Lage ist sehr unterschiedlich. Wenn man sich die Problematik anschaut, muss man unterscheiden zwischen reiner Spekulation und dem Hedging von Unternehmen, die ihre Risiken decken müssen. Letzteres ist Teil des industriellen Verhaltens. Es ist ein vielschichtiges Problem, das im Moment von den Kollegen im Generaldirektorat Markt-Binnenmarkt der EU-Kommission analysiert wird. Die Preise von Rohstoffen werden grundsätzlich von Nachfrage und Angebot definiert, aber durch Spekulation können Unterschiede entstehen, die unerträglich sind. Und das sind die Bereiche, die jetzt angeschaut werden. Die finanziellen Mengen, die getauscht werden, haben keine Beziehung mehr zu den quantitativen Mengen, die ausgetauscht werden. Das ist ziemlich schwierig, aber auch hier werden jetzt Analysen erstellt und hoffentlich wird es zu einer konkreten lösungsorientierten Entscheidung kommen.

Moratorium Bergbau: Es gibt keine offizielle Stellungnahme der Kommission. Meine persönliche Einschätzung ist, dass von allen Sachverständigen gesagt wird, dass – obwohl sekundäre Rohstoffe, Recycling, Substitution nötig sind – primäre Rohstoffe in kurzer, mittlerer und vorhersehbarer Frist nötig sind und sein werden. Und ohne Bergbau kriegt man diese Primärrohstoffe nicht. Die weitere Entwicklung von Windrädern zum Beispiel wird die Nachfrage für Seltene Erden erhöhen, und man hat im Moment kein Substitut zu solchen Erden. Ich glaube, das war es. Vielen Dank.

Oliver Wieck (BDI): Ja vielen Dank. Ich habe mal versucht die vielen Fragen, die an mich oder den BDI gestellt worden sind, in Teilbereichen zu binden.

Da ist der Umgang mit den rohstoffreichen Schwellenländern, womit ich sowohl den Blick auf die Exportzölle richte, als auch auf den Umgang oder das Vorgehen in Afrika. Wenn es um Exportzölle, um Zölle überhaupt geht, gibt es zwei Funktionen von Zöllen. Das sind zum einen die handelslenkende Funktion und zum anderen die Finanzfunktion, das heißt Erhöhung der

Staatseinnahmen. Und ich kann Ihnen garantieren, dass es bei den Ländern, die wir im Blick haben, China, Indien, Brasilien und Russland, nicht um Staatsfinanzen, sondern eindeutig um handelslenkende Funktionen geht, die teilweise mit guten oder schlechten -aus unserer Sicht natürlich schlechteren- Begründungen eingesetzt werden. So wird eine künstliche Verknappung herbeigeführt, gleichzeitig werden eigene Ressourcen geschont und Kosten, die durch Umweltbelastungen eingetreten sind, kompensiert. Die Frage, wie man damit umgeht, ist natürlich eine große Herausforderung. Die Industrie kann in dem Sinne darauf antworten, dass man versuchen muss, mehr Wertschöpfung vor Ort zu erreichen, denn nur so können Sie letztlich zusätzliche Einnahmen in diesen Ländern generieren. Nochmal: Ich sehe diesen unmittelbaren Link zwischen Exportzöllen und Einnahmen nicht, aber wenn Sie eine Antwort haben wollen, halte ich die Frage der Wertschöpfung vor Ort für zentral. Es ist unter den Umständen, zu denen ich gleich noch komme, nicht leicht, gleichwohl gibt es aber eine ganze Reihe von Ansätzen.

Was kann man in Afrika machen? Das ist ebenfalls eine komplexe Herausforderung, weil unter anderem die Chinesen oder auch die Inder nicht Mitglieder der OECD sind und damit auch nicht Mitglied irgendeines Konsenses, den wir bei Exportfinanzierungen, Exportkrediten oder Ähnlichem gefunden haben. Salopp formuliert scheren sie sich auch einen Teufel darum, ob die OECD ein Outreach-Programm startet oder nicht. Es ist irgendwo nachvollziehbar und verständlich, dass Länder, die gerade neue Wirtschaftsmächte geworden sind, nicht automatisch all die Bedingungen akzeptieren, die irgendwann in den Industrieländern gemacht worden sind. Ich glaube, hier muss ein neuer Ansatz gefunden werden, möglicherweise im Rahmen der G20 oder in anderen Gremien, in denen man mit diesen Ländern gemeinsame Standards neu entwickeln muss. Ich bin mir nicht sicher, ob es dann die gleichen hohen Standards sind, die wir vorher hatten. Wenn man die Länder jedoch nicht integriert, werden wir ein noch größeres Problem haben. Dann werden sich diese Länder nämlich schlichtweg an keine Standards halten und auch die entwicklungspolitischen Vorgaben grundsätzlich nicht umsetzen, die wir aus westlicher Sicht vertreten, wenn ich das mal so deutlich sagen darf. Das ist sicherlich herausfordernd, aber ich glaube, anders kommt man bei diesen Ländern nicht weiter, weil sie sehr stark an ihren eigenen Interessen und sehr wenig an übergeordneten Interessen orientieren.

Umgang mit fragilen Staaten: Ich berufe mich jetzt auf einen Report der Weltbank. In dem Buch „Millennium Development Goals after the Crisis“ ist als nachhaltigste Entwicklung in diesen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung und „Foreign direct investment“ identifiziert worden. Von daher verstehe ich den einen oder anderen Zungenschlag nicht, der hier reinkommt, dass nämlich unternehmerisches Engagement letztlich nicht zu einer Verbesserung der Wirtschaftssituation beiträgt. Es ist, glaube ich, genau das Gegenteil. Natürlich braucht die Wirtschaft - das habe ich vorhin schon gesagt - sichere politische und wirtschaftliche

Rahmenbedingungen. Dazu gehören tatsächlich politische Stabilität, Transparenz, klare und transparente Verfahren und eine funktionierende Wirtschaftsordnung vor Ort. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kann da sehr viel in der Weiterentwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen gemacht werden. Es können konkrete Projekte anhand dieser Rahmenbedingungen entwickelt werden, und die Wirtschaft ist sehr gerne bereit, hier zu partizipieren und derartige Pilotprojekte durchzusetzen.

Dazu gehört aber auch - ich bringe das Stichwort nochmal auf, weil es gefragt worden ist - der Bereich des Investitionsschutzes. Ich bin mir nicht sicher, in welche Richtung die Fragestellung ging, aber für uns ist ganz klar, dass dieser Investitionsschutz natürlich in beiderseitigem Interesse sein muss. Diese Länder sind an mehr Investitionen, Wertschöpfung, an Aufbau von Arbeitsplätzen und , verbesserten Standards vor Ort interessiert und der Investors, der mit seiner Investition – und das wollen Sie hoffentlich auch nicht in Frage stellen – will natürlich vor Ort seine Geschäfte machen. Anders werden Sie die Wirtschaft, anders werden Sie die Unternehmen nicht dazu bewegen, sich zu engagieren.

Inländerbehandlung: Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass ausländische und inländische Unternehmen gleich behandelt werden. Das ist einer der grundsätzlichen Standards, die in der WTO festgelegt sind. und hier sollte es meines Erachtens keinen Widerspruch zur Entwicklungspolitik geben.

Die Frage der Verteilung der Einnahmen aus Rohstoffgeschäften oder Exploration ist nicht neu. Da gibt es „Production sharing agreements“ mit den jeweiligen Ländern, in denen die Rohstoffe liegen. Leider, Herr Raabe, garantieren sie nicht immer, dass damit Enteignungen und Ähnliches ausgeschlossen sind. Wer in der Vergangenheit, in den letzten 20 Jahren, nach Russland schaut, kann das bestätigen. Glücklicherweise waren noch keine deutschen Unternehmen in der ersten Runde dabei, wobei ein Unternehmen kurz davor war. Aber Sie haben natürlich vollkommen Recht. Das ist ein Instrument, mit dem man absichern kann, dass die längerfristigen Investitionen auch dauerhaft sind, und das dient dann eben auch beiden Seiten.

Ich glaube zu Dott-Frank ist jetzt schon genügend gesagt worden. Im Prinzip können und werden wir das mit unterstützen. Wir haben kein Interesse an Korruption. Wir sind vielmehr interessiert am „Well-Being“ dieser Staaten, und was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen können, tun wir sehr gerne.

Die Frage unserer Beteiligung an der Umsetzung der Rohstoffstrategie: Also, ich verstehe ein demokratisch-marktwirtschaftliches System so, dass man natürlich, wenn man sich eine Strategie über einen Aspekt der Industrie oder der Wirtschaft überlegt, auch mit der Industrie über diese Teile spricht. Das ist ein ganz normaler offener Dialog gewesen, so wie wir auch zu vielen anderen Themen einen offenen Dialog pflegen. Ich kann Ihnen da keine Prozentzahlen sagen, aber ich fand das jetzt auch nicht übermäßig, oder dass man uns besonders gehört hat. Wir haben ja auch selber ein Interesse daran, dass wir in enger Verschränkung mit den

Überlegungen der Bundesregierung, des BMZ, des AA und des BMWi in diesen Bereichen arbeiten. Ich habe es vorhin schon gesagt, für uns wird eigentlich aus diesen Rohstoffstrategien, aus diesen Partnerschaften, nur dann tatsächlich ein Erfolg, wenn wir eine enge Verknüpfung, eine enge Zusammenarbeit zwischen Industrie und Bundesregierung mit den jeweiligen Agenden, aber dann natürlich auch mit der gemeinsamen Schnittmenge, haben. Von daher sehe ich keinen Widerspruch.

Was den Personalaustausch zwischen BMZ und BDI angeht: Auch das ist kein Geheimnis. Wir haben einen Mitarbeiter, der jetzt seit einem Jahr im BMZ an einer Stelle arbeitet, die für uns, aus entwicklungspolitischer Sicht - Frau Kopp, wenn ich es mal so zusammenfassen darf - sehr spannend ist, nämlich im Bereich G8/G20. Und bei uns arbeitet ein Kollege im Bereich wirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem BMZ. Der sitzt übrigens hinter mir, Herr Selwig. Es ist also nichts, über das wir hier nicht reden können, es ist nichts Neuralgisches oder Problematisches und von daher gehört das einfach zu einem guten Miteinander und Verständnis, dass wir eine enge Zusammenarbeit pflegen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen. Ich komme jetzt zu meiner linken Seite und bitte Herrn Keita um seine einführenden Worte.

Nohoum Keita (Association des ressortissants et amis de la commune de Falea/Mali): „Guten Tag“, das ist das Einzige, was ich auf deutsch sagen kann, deshalb werde ich auf französisch fortfahren. Ich danke dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages für die freundliche Einladung und danke Ihnen auch für das Interesse, das Sie diesem wichtigen Thema entgegen bringen.

Ich spreche insgesamt von einer europäischen Rohstoffstrategie, denn ich mache keine wirkliche Unterscheidung zwischen der spezifischen Strategie Deutschlands und der Strategie der Europäischen Union, weil Deutschland unstreitig der Motor der Europäischen Union ist, und der Einfluss und die Verantwortung Deutschlands in Europa sind sehr groß bei der Ausgestaltung dieser Politik. Der Eindruck, den wir haben, denn ich komme aus einem Land, das viele Rohstoffe besitzt, ist eher negativ und bringt weniger Vorteile mit sich. Der erste Nachteil ist, dass diese Strategie eine Einbahnstraße darstellt. Die Interessen der Rohstoffproduzenten werden nicht genügend berücksichtigt, und ich werde dafür Beispiele anführen. Als die EU die Strategie ausgearbeitet hat, hatte sie strategische Ziele, und es gab taktische Varianten, diese zu erreichen. So ging es unter anderem darum, von den multilateralen Abkommen wegzukommen. Deshalb bin ich froh darüber, dass der Kollege der UNCTAD gesagt hat, wie wichtig die multilateralen Abkommen sind, denn bei diesen werden wirklich die Interessen der armen Länder stärker berücksichtigt. Leider will aber die EU von dem multilateralen Ansatz weggehen, um eher bilateral zu verhandeln, also ausschließlich die beteiligten Länder

miteinander. Die Länder haben aber zum Teil nicht die entsprechende Kompetenz zu verhandeln, und so stimmt das Kräfteverhältnis hier nicht, und deshalb werden alle Bedingungen akzeptiert, die ihnen auferlegt werden. Das ist die Strategie und so werden Freihandelsabkommen geschlossen und Investitionsregelungen verabschiedet, die im Rahmen der Wirtschaftsabkommen festgelegt werden.

Nehmen Sie ein Land wie Mali: 75 Prozent der Exporte bestehen aus Rohstoffen, und wenn wir uns die Investitionen einmal ansehen, so macht das nur insgesamt 17 Prozent der Einnahmen aus. Die Steuereinnahmen aus diesem Bereich gehen also nicht über 17 Prozent hinaus, obwohl die Rohstoffpreise erheblich gestiegen sind. Das ist eigentlich nicht verständlich und stellt ein Problem dar. 75 Prozent Export, aber es bleibt nur 17 Prozent des BIP übrig. Die Auswirkungen auf die Arbeitskräfte sind ebenfalls sehr gering, nur 1 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet im Rohstoffbereich. Diese Zahl muss man sich ansehen, und vor diesem Hintergrund muss man die Rohstoffstrategie beurteilen, die alles andere als zu unserem Vorteil ausgestaltet ist. Vielmehr nützt sie fast nur den Ländern der EU. Von uns wird verlangt, dass wir die Investitionen sichern, alle Hemmnisse und Exportzölle abbauen, somit haben wir keine Gelegenheit mehr, eine Entwicklungs- und Sozialpolitik zu gestalten, wie den Bau von Schulen oder Gesundheitszentren. Wir sollen stattdessen lokale Industrien fördern, einen Binnenmarkt aufbauen, um die Entwicklung des Landes voranzubringen. Aber dabei geht es vor allem um die Sicherheit der Investoren, die im Rohstoffbereich tätig sind. Und was bekommen wir als Gegenleistung dafür? Gar nichts! Unsere Umwelt wird zerstört. Die Entwicklungsperspektiven werden beeinträchtigt, die Diversifizierung kann nicht stattfinden, weil wir nicht über die entsprechenden Hebel verfügen und uns nicht in andere Richtungen entwickeln können, die unseren Interessen besser entsprechen würden.

Deshalb ist diese Rohstoffstrategie nicht günstig für die Entwicklung unseres Kontinents. Ich habe mit großem Interesse vorhin den verschiedenen Sachverständigen zugehört, aber ich bin nicht zufrieden mit dem, was sie gesagt haben. Ich glaube, diese Strategie muss erst einmal im Rahmen offener Diskussionen erörtert werden, wobei beide Seiten vertreten sein müssen und berücksichtigt werden sollten. So wie sie jetzt ist, kann und wird die Rohstoffstrategie für uns nicht gut sein.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. Feldt.

Dr. Heidi Feldt (Beraterin entwicklungs- und umweltpolitischer Prozesse): Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf zwei Leitfragen beziehen. Und zwar erstens auf die Frage, ob EITI und „Publish What You Pay“ ausreichend sind, um grundsätzlich etwas zu verändern, und zweitens auf die Frage der Konsequenzen der Rohstoffstrategie für die EZ.

Erstens: Auf die Frage „Sind EITI und ‚Publish What You Pay‘ ausreichende Initiativen, Maßnahmen oder Instrumente, um die Rohstoffproblematik in rohstoffreichen Entwicklungsländern tatsächlich in den Griff zu bekommen?“ gibt es eine kurze Antwort: „Nein, das reicht bei weitem nicht aus.“ Damit will ich auf keinen Fall den Verdienst der EITI schmälern. EITI ist eine sehr wichtige Initiative und ich glaube, sie ist die einzige Initiative im extraktiven Sektor, die überhaupt in der Lage war, unterschiedliche Interessengruppen an einen Tisch zu bringen und über Fragen der Transparenz nachzudenken und erste Standards zu entwickeln. Doch das reicht bei weitem nicht aus, und ich möchte das an einem Beispiel konkretisieren: Ich hatte letztes Jahr die Gelegenheit im Auftrag von Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum eine Zwischenbilanzierung von EITI in der Zentralafrikanischen Region durchzuführen, also in Kamerun, Gabun, der Republik Kongo, der Demokratischen Republik Kongo und dem Tschad. Aus dieser Zwischenevaluierung geht eindeutig positiv hervor, dass in all diesen Ländern erstmalig Zahlen über die Einkünfte aus dem extraktiven Sektor vorliegen und diese Zahlen veröffentlicht sind. Ein anderes großes Verdienst von EITI ist, dass in allen Ländern mit diesen doch sehr komplizierten Strukturen - meistens sind es autoritäre Strukturen - ein Multistakeholder-Forum aufgebaut wurde und die Zivilgesellschaft so zum ersten Mal mit anderen wesentlichen Interessengruppen an einem Tisch sitzt. Das sind wesentliche Verdienste von EITI, und die sollte man auch nicht kleinreden.

Das Problem auf der anderen Seite ist aber, dass die meisten Regierungen dieser Länder EITI nutzen als „Abharkliste“. Es werden die Mindeststandards erfüllt, und das ist es dann. Einer hat es auf den Punkt gebracht: Man erfüllt die Standards und macht dann ‚business as usual‘. Und genauso haben wir es in den meisten Ländern vorgefunden. Es gibt wenig Anbindung an andere Initiativen innerhalb der Länder, um die Korruption in den Griff zu bekommen. Es gibt in der EITI selber, also in den nationalen EITI-Komitees, keine Diskussion darüber, ob man jetzt eigentlich Korruption in den Griff bekommen hat oder wie ernsthaft Signale gegen Bestechung und Korruption in die Gesellschaft gesendet werden können. All das passiert nicht, und es gibt in den meisten Ländern keine Bereitschaft, die Transparenz der Entscheidungskette im Rohstoffabbau tatsächlich zu erweitern. Dazu würde gehören, dass Transparenz bei der Konzessionsvergabe und den Verträgen usw. gewährleistet ist. Die einzige Ausnahme bildet die Demokratische Republik Kongo, die letzte Woche angekündigt hat, dass sie die Verträge in nächster Zeit veröffentlichen wollen. Diese isolierte Vorgehensweise von EITI, dass man nur die eigenen Standards erfüllt, aber darüber hinaus keine wesentlichen Impulse in die Gesellschaft sendet, ist eines der wesentlichen Probleme, das mit dem EITI-Prozess verbunden ist.

Darüber hinaus konnten wir nicht feststellen, dass in dem Zusammenhang mehr Gelder für Armutsbekämpfung mobilisiert werden konnten. Eine der wichtigen Voraussetzungen für EITI war es ja zu sagen: Zumindest mittel- und langfristig stehen mehr Gelder zur Armutsbekämpfung zur Verfügung. Das ist jedoch nicht nachweisbar, weil die Gelder zwar offen gelegt werden, aber

danach kein Monitoring mehr stattfindet und auch keine weiteren Informationen mehr vorliegen. Das heißt, es besteht die Gefahr, dass durch die EITI, wenn es sich nicht weiter entwickelt, im Wesentlichen der Status Quo manifestiert wird. Von daher denken wir, dass es für die Entwicklungszusammenarbeit, aber auch vor allem für die Zivilgesellschaft und andere Kräfte in den einzelnen Ländern, sehr wichtig ist, EITI weiter zu denken und Transparenz für die gesamte Entscheidungskette zu fordern und dann voranzubringen.

Jetzt ist meine Zeit schon abgelaufen, und ich war noch gar nicht bei dem zweiten Punkt. Nur ganz kurz zu der deutschen Rohstoffstrategie. Ich denke, diese Rohstoffstrategie ist kohärent im Sinne der Sicherung von Rohstoffinteressen der deutschen Wirtschaft. Sie ist nicht kohärent unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten, was sich einfach an der Frage der Rohstoffpartnerschaften festmachen lässt: Diese Partnerschaften werden nach der Maßgabe, welche Länder sind rohstoffpolitisch für die Versorgung der deutschen Wirtschaft wichtig, ausgewählt. Folgende Aspekte werden außer acht gelassen: Wo sind die besten Potentiale, um die Rohstoffgovernance zu verbessern? Wo ist das größte Bedürfnis der Länder? Das sind aber Fragen, die sich die Entwicklungszusammenarbeit stellen müsste. Bisher gibt es ein Beispiel, wo ein Memorandum of Understanding unterschrieben worden ist, nämlich in Kasachstan. Dort haben wir es mit einer autoritären Regierung zu tun. Der SIPRI-Bericht, der gestern veröffentlicht worden ist, hat interessanterweise nochmals bestätigt, dass der Rohstoffbedarf der Industrieländer höchstwahrscheinlich zur Stabilisierung von autoritären Regimen in rohstoffreichen Ländern führen kann. Ich glaube, das ist eine Befürchtung, die bereits wiederholt bewiesen wurde. Wenn Rohstoffpartnerschaften nicht in einem offenen Prozess gestaltet werden, würde hier ein größeres Problem bestehen, weil man so zu einer Stabilisierung von autoritären Regimen beitragen würde. Im Augenblick aber werden diese Rohstoffpartnerschaften unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt, zumindest ist es in Kasachstan so. Wir haben nochmal bei den Nichtregierungsorganisationen, die mit Rohstoffen zu tun haben, nachgefragt und es hat dort keine Öffnung in die Gesellschaft gegeben. Deshalb besteht die Gefahr, dass eine Rohstoffpartnerschaft zur Stabilisierung der bestehenden autoritären Strukturen beiträgt. Das war es von mir.

Carsten Schmitz-Hoffman (Leiter des Kompetenzfelds „Agrarhandel und Standards,“ GIZ): Sehr geehrte Frau Wöhrle, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank.

Entwicklungspolitisch sind Rohstoffe natürlich von hoher Relevanz. Es sind einige Daten und Fakten schon genannt worden. 75 Prozent der weltweit armen Bevölkerung leben in rohstoffreichen Staaten. Zehn der sogenannten „Least Developed Countries“ in Afrika sind im Verständnis des IWF rohstoffreich. In 50 Entwicklungsländern tragen Bodenschätze zu mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei. Und dennoch liegt gleichzeitig im globalen Vergleich das BIP-Wachstum in rohstoffreichen Ländern deutlich unter dem von Ländern ohne

Bodenschätze. Diesem Phänomen gilt es entwicklungspolitisch zu begegnen, und deswegen begrüßen wir grundsätzlich, dass die Rohstoffstrategie eine entwicklungspolitische Komponente entsprechend prominent in die Diskussion einbringt. Obgleich ich natürlich unterstreichen möchte, dass sich die GIZ als Umsetzungsorganisation versteht und nicht als politischer Akteur. Deswegen möchte ich insbesondere auf unsere Erfahrungen im Rohstoffbereich hinweisen. Diese zeigen, dass einerseits das langfristige Interesse an nachhaltiger Rohstoffversorgung durch die Wirtschaft letztendlich die Entwicklung in den Partnerländern mit fördern kann, wenn die Entwicklungsprozesse in den rohstoffreichen Ländern eben auch zur Rohstoffsicherung in der EU und in Deutschland beitragen. Dieses muss sich in der Kombination widerspiegeln, und dafür sind unterschiedliche Bausteine erforderlich: Es ist notwendig, mit einem wesentlich multidimensionalen Ansatz ranzugehen, und hier sind drei Aspekte wichtig: 1. Eine gute Regierungsführung. Die damit verbundene wirkungsvolle Verwendung der Einkommen und entsprechende steuerliche Instrumente sind schon genannt worden. Wir haben in zahlreichen Prozessen gesehen, dass diese ein elementarer Bestandteil ist, um ein Fördern der Rahmenbedingungen wirkungsvoll zu ermöglichen. 2. Die Transparenz der Lieferkette und der Vermarktung. Das Instrument EITI ist schon genannt worden, aber es ist deutlich mehr als das. 3. Das verantwortungsvolle Wirtschaften von den entsprechenden Unternehmen und die Umsetzung über Standards.

Wir sind der Überzeugung, dass bei einer erfolgreichen Umsetzung dieser drei Aspekte folgende Wirkungen erzielt werden können: Zum einen kann die Rohstoffgovernance in den Partnerländern verbessert werden, was die Entwicklungen entsprechend befördert. Zum Beispiel kann dann die Besteuerung durchgeführt werden, Vertragswerke qualitativ und quantitativ mit begleitet oder die Haushaltsplanung gestaltet werden. Zum anderen kann eine Rückverfolgbarkeit durch Transparenz innerhalb der Wirtschaft und den Lieferketten möglich werden oder eben der Einbau von Transparenzinitiativen erfolgen. Und schließlich werden die sozialen, ökologischen und ökonomischen Standards in der Produktion und auch entlang der Weiterverarbeitung in der Lieferkette dadurch gesichert, dass Zertifizierungsinitiativen mit aufgebaut werden. Diese Kombination sollte nach unserer Erfahrung dazu führen, dass entsprechende wirtschaftliche wie auch politische Anreize gesetzt werden, die langfristig gesehen mehr Entwicklungsprozesse ermöglichen.

Die bereits genannte Dott-Frank-Initiative sehen wir ebenfalls als sehr wichtig an. Aber gleichzeitig halten wir es für möglich, dass über eine Sensibilisierung der abnehmenden Seite, wie zum Beispiel öffentliche Beschaffung, durchaus Anreize gesetzt werden können, die die Bestrebungen unterstützen. Gute Erfahrungen haben wir in unseren Vorhaben gesammelt, insbesondere bei der Unterstützung der EITI. In der Demokratischen Republik Kongo haben wir es nun erstmals seit der Unabhängigkeit des Landes erreicht, dass Daten zu den öffentlichen Einnahmen aus dem Rohstoffsektor verwendet werden, und dies hat zu einer öffentlichen

Debatte über die Verteilung der Einnahmen geführt. Wir halten es für ein sehr positives Signal, dass man das Thema in der Gesellschaft stärker wahrnimmt und sich intensiver damit auseinandersetzt. Ein zweites Beispiel ist die Unterstützung des Paktes für Sicherheit, Stabilität und Entwicklung der Internationalen Konferenz der Großen Seen. Wir unterstützen diese Konferenz momentan dabei, ein Zertifizierungssystem für die Verwendung von Konfliktrohstoffen zu entwickeln und halten das für ein sehr erfolgversprechendes Modell, wie die Staatengemeinschaft in Afrika versucht, über solche Systeme den entsprechenden Herausforderungen gerecht zu werden. Es bleibt weiterhin wichtig, dass es nicht nur um Transparenz und Standards geht, sondern parallel müssen auch die staatlichen Rahmenbedingungen gesetzt werden, damit Transparenz- und Standardinitiativen entsprechend umgesetzt werden können. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Kollege Klimke, ich bitte darauf zu achten, dass wir um 13 Uhr Schluss machen müssen und dementsprechend müssen Sie sich kurz fassen.

Abg. Jürgen Klimke (CDU/CSU): Ich möchte gerne meine Fragen an Frau Feldt und Herrn Schmitz-Hoffmann stellen. Zunächst zu einem Punkt, den wir noch nicht angesprochen haben: Die deutsche Rohstoffagentur, die die Nachfrageentwicklung und die Angebotsentwicklung im Rohstoffbereich kontrollieren soll. Wie beurteilen Sie die Arbeit dieser im Oktober 2010 gegründeten Agentur, auch unter entwicklungspolitischen Zielen? Sehen Sie dort noch mehr Handlungsbedarf?

Zweiter Punkt: Rückgewinnungstechniken, insbesondere für Tantal und Seltene Erden. Hier finden sich ja unter Forschungsgesichtspunkten möglicherweise Defizite. Welche Förderungsmöglichkeiten sehen Sie in dem Bereich? Welche Notwendigkeiten sehen Sie, die Forschung stärker zu unterstützen? Wo kann die Politik hier möglicherweise hilfreich sein?

Dritter Punkt: Bei der ganzen China-Frage würde mich aus Ihrer Erfahrung der GIZ in Zentralafrika - sozusagen als Mitbewerber - interessieren, ob es Erkenntnisse darüber gibt, wie hoch der Anteil der Rohstoffgewinnung durch China ist, der gar nicht von China selbst verarbeitet wird, sondern einfach weiter verkauft wird. Also China nur als Mittler tätig ist und aus dem Verkauf das essentielle Geld für sich selbst erzielt?

Dann würde mich die Frage der Nachhaltigkeit insbesondere im Zusammenhang mit den betroffenen Staaten interessieren. Gibt es im Bereich der lokalen Wertschöpfung bei den Anbauländern Bemühungen, zum Beispiel Handelsketten vor Ort aufzubauen und Verarbeitungsprozesse vor Ort zu fördern? Wissen Sie, ob die deutschen Unternehmen auf die lokalen Steuerkonzepte achten? Wohin fließen die Gewinne des Rohstoffverkaufes und werden sie in den jeweiligen Ländern reinvestiert? Danke.

Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Wir haben ja die Situation, dass die rohstoffreichen Länder diejenigen sind, die am meisten darunter zu leiden haben, dass es ungerechte Strukturen gibt. Das ist eine bizarre, bemerkenswerte Situation und die Frage geht an Sie: Wie sind die Aussichten, dass sich das wenigstens in Ansätzen ändert? Wie schätzen Sie die Lage ein, diese Situation zu Gunsten der Menschen in diesen Ländern zu verändern?

Meine nächste Frage richtet sich wegen des Themas Rohstoffgovernance an alle. Ich finde, dieser Begriff ‚Rohstoffgovernance‘ ist eine sehr gute Überschrift, mit der man den gesamten Komplex durchdeklinieren kann. Aber ich sehe auch, dass dieses von Seiten der Regierungen nur sehr marginal behandelt wird oder behandelt werden kann. Die Fähigkeiten der Regierungsvertreter gegenüber den vertragsabschließenden Unternehmen sind bei den entsprechenden Vertragsverhandlungen häufig minimal. Zum Beispiel Mozambique: Ein Regierungsvertreter sitzt 20 Personen gegenüber, die über die Minen debattieren. Was muss da aus Ihrer Sicht passieren, um internationales Knowhow zu erwerben? Wie sieht da die Unterstützung aus? Oder muss hier die Industrie aufgefordert werden, damit Geld für die Fortbildung der anderen Vertragsseite aufgebracht wird oder sollte irgendwie ein Fonds eingerichtet werden? Denn das reicht ja alles nicht aus, was da bisher auf dem Markt ist.

Weil ich mich kurz fassen will, habe ich nur noch Fragen an den Kollegen aus Mali. Da findet zurzeit ein EITI-Prozess statt. Welche Maßnahmen wurden denn seit Dezember 2010 ergriffen? Wie schätzen Sie den EITI-Prozess in Mali ein? Die Zivilgesellschaft hatte viel Hoffnung darin gesetzt. Was sagt die Zivilgesellschaft jetzt dazu? Und dann zum Thema Uranabbau in Mali selber: Wurde die Zivilgesellschaft von den Unternehmen oder staatlichen Stellen bisher über die Pläne informiert? Welche Unterstützung brauchen Sie von uns und wie hat sich die Situation aktuell entwickelt? Da war ja auch eine Parlamentarierdelegation vor Ort und vielleicht können Sie berichten, was sich ganz aktuell tut. Danke.

Abg. Helga Daub (FDP): Bei solchen Diskussionen kann man sagen, das Glas ist natürlich immer halb voll oder halb leer. Frau Feldt, es ist ganz klar, dass EITI ein erster Versuch ist, aber sicherlich ist sie ein guter Ansatz, weil zuvor war in Richtung Transparenz überhaupt nichts vorhanden. Deshalb denke ich, man sollte das weiter verfolgen.

An Herrn Keita aus Mali habe ich die Frage: EITI hat doch sicherlich einige Verbesserungen gebracht, oder? Sie kennen möglicherweise auch die deutsche Rohstoffstrategie und hier speziell die Ausführungen aus dem BMZ, welches die Rohstoffstrategie des BMWi noch um entwicklungspolitische Bereiche angereichert hat. Hierbei wurde speziell Wert gelegt auf die Wertschöpfungskette, die im Lande verbleiben soll, denn wir wollen ja nicht in koloniale Zeiten zurückfallen, wo Ihre Länder ausgebeutet worden sind.

Wenn man eine solche Wertschöpfungskette, und das wäre der zweite Punkt, in Ihren Ländern aufbaut, gerade in den Ländern, die Rohstoffe haben, heißt das auch, dass man ein

Steuersystem aufbauen kann und muss. Dann können Dinge wie Schulen oder ein Gesundheitssystem aufgebaut werden, denn das erwarten wir natürlich auch von Ihren Ländern. Dafür ist aber der Aufbau eines entsprechenden Steuersystems entscheidend. Sie sind doch sicherlich auch der Meinung, dass das ein wichtiger Schritt ist. Wir machen es eben nicht wie China, das sagt: Naja, wir geben euch Geld für ein paar Investitionen, und wir wollen dann eure Rohstoffe. Genau das ist eben nicht die Strategie der Bundesregierung und die Frage ist: Kennen Sie unseren Ansatz, dieses Rohstoffstrategiepapier?

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Ganz kurz meine Fragen, weil bereits einige gestellt wurden. Meine Frage an Herrn Keita: Welche Forderungen haben Sie an die EU? Welche Vorstellungen gibt es aus der Zivilgesellschaft in Mali, mit dem ganzen Thema der Rohstoffförderung umzugehen? Muss man unbedingt in dem großen Maße Rohstoffe fördern? Es wird ja immer davon gesprochen: Ja, wir machen in Effizienz, Ressourcenschutz, Recycling und so weiter und so fort. Die Frage ist nur: Wie sehen es denn die Länder des Südens? Gibt es da die Forderung, dass Europa erst einmal seinen Verbrauch massiv herunter schrauben müsste. Herr Cozigou hat gesagt, dass die Länder des Südens die Rohstoffe ja nicht verkaufen müssen, so war sein Statement. Das hört sich so an, als ob die EU gar nicht angewiesen wäre auf die Rohstoffe. Insofern könnte man ja auch sagen, wir belassen die Rohstoffe dort, wo sie sind oder verarbeiten sie selbst weiter. Welche Ideen gibt es also von Seiten der Zivilgesellschaft? Und gibt es Unterstützung bei dem Widerstand gegen Uranabbau, beispielsweise von der EU, die sich nach eigenen Aussagen für Menschenrechte, Umweltstandards und so weiter einsetzt. Und schließlich noch: Wie schätzen Sie in dem Zusammenhang die ganzen EPA-Verhandlungen ein, also das Interesse an den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen? Ja, damit würde ich es jetzt belassen wollen.

Abg. Karin Roth (Esslingen), (SPD): Erst mal vielen Dank für die Informationen. Das Thema Rohstoffstrategie ist etwas, was wirklich ins Herz der wirtschaftlichen Entwicklung reicht. Die Fragen ‚Wer bestimmt über die Rohstoffe und wer bezahlt sie und zu welchen Preisen‘ werden zunächst einmal auf dem Markt gestellt. Letztendlich geht es jedoch um die Frage, wer über die Rohstoffe verfügt und wie die Verträge gemacht werden. An der Stelle ist das Thema Transparenz das entscheidende, und EITI ist hier ein Türöffner. Frau Feldt, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das nicht ausreicht, sondern dass mehr passieren muss. An der Stelle haben wir alle ein Problem, denn die Voraussetzung für Transparenz, einschließlich Korruptionsbekämpfung, ist eine gute Regierungsführung im Land. Aber 80 Prozent oder sogar 90 Prozent der Regierungen, mit denen dann verhandelt wird, sind eben keine Regierungen, die nach unserem Maßstab demokratisch legitimiert sind oder zumindest korruptionsfrei sind.

Das Dilemma ist, dass wir drei Punkte haben: Good Governance, Transparenz und die anständige Rolle der Unternehmen hinsichtlich der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Das ist alles gut formuliert, aber in Wahrheit wissen wir, dass alle 3 Punkte relativ schlecht umgesetzt sind.

Und ich will meine Kollegin Koczy entsprechend ergänzen und fragen: Einer der wichtigsten Punkte sind die Verträge, die mit internationalen Sozietäten und prominenten Rechtsanwälte verhandelt werden. Es ist also gar nicht möglich, Verträge auf Augenhöhe abzuschließen, denn sowohl die verhandelnden Staaten, als auch die Unternehmen haben entsprechende Vertreter und Berater, die den Regierungen der Länder des Südens gegenüber stehen. Haben Sie dementsprechend untersucht, Frau Feldt, aber auch vielleicht die GIZ, in welcher Weise man die Staaten unterstützen könnte bei dem Aushandeln der Verträge? Da sind dann große internationale Sozietäten, die bei den Beratungen dabei sind und die jeweiligen Unternehmen beraten. Dementsprechend ist die Fonds-Überlegung meiner Kollegin Koczy vielleicht eine Möglichkeit, um die Verhandlungen endlich auf Augenhöhe führen zu können? Das wäre ein Schritt über EITI hinaus.

Der zweite Punkt: Wenn wir die Zertifizierungsmaßnahmen an den großen Seen positiv weiter entwickeln, welche Chancen sehen Sie, dass die Regierungen die Zertifizierungssysteme dann auch anwenden und umsetzen? Inwieweit kann über Verträge gewährleistet werden, dass die Zertifizierung eingehalten und umgesetzt wird. Wir investieren nämlich viel Geld und Manpower und deshalb soll am Ende die Transparenz und die Preisentwicklung unterstützt werden.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Roth. Herr Keita, bitte sehr.

Nohoum Keita: Vielen Dank. Meine Vorredner haben schon Einiges gesagt, und wir sind uns einig, dass wir den Zugang zu den Rohstoffen regulieren müssen. Dieser Grundsatz wird anerkannt von den Vereinten Nationen in einer Erklärung von 1986. Hierin geht es um das unveräußerliche Recht der rohstoffproduzierenden Länder, über ihre Rohstoffe zu verfügen und dieses Recht muss geachtet werden. Dieses ist für uns ganz wichtig, und es wird uns ermöglichen, die Abhängigkeit vom Export zu reduzieren und Aktivitäten zu entwickeln, die unserer eigenen Bevölkerung zugutekommen. Was die Investitionen in den südlichen Ländern angeht, so brauchen wir selektive Kontrollen der Kapitalzuflüsse, wir brauchen ein präferentielles Besteuerungssystem, wir müssen einen lokalen Ankauf fördern, und wir brauchen Höchstgrenzen für die Beteiligung und Vorgaben für Arbeitsplätze.

Europa muss den eigenen Rohstoffverbrauch senken. Sie verbrauchen 10 mal mehr als wir, deshalb ist es ganz wichtig, dass der Rohstoffverbrauch in Europa gesenkt wird. Und man muss über andere Konsumarten nachdenken, die die Umwelt schützen und die den Bedürfnissen ihrer

Länder am besten gerecht werden. Das heißt, wir brauchen eine Rückgewinnungstechnik, wir brauchen gerechtere internationale Systeme beim Ressourcenmanagement.

Wir haben auch von der Transparenzinitiative EITI gesprochen. Man kann feststellen, dass sich die Zivilgesellschaft seit einigen Jahren stark engagiert hat und dafür gesorgt hat, dass sie selbst teilnehmen darf bei der Festlegung von Entwicklungszielen. Diese Empfehlungen von der Zivilgesellschaft werden jedoch nicht vollständig berücksichtigt. Der Staat Mali zum Beispiel ist ein Staat, der das akzeptiert, was ihm von den Europäern aufgezwungen wird; nicht nur von der EU, auch von internationalen Organisationen, wie dem IWF oder der Weltbank. Wir werden hier fremdbestimmt. Der Staat wird somit seiner eigenen Vorrechte beraubt, er kann seine Regulierungsrolle nicht wahrnehmen. Alles, was er bei Planung und Entwicklung tun kann, wird ihm aus der Hand genommen. Diese Vorrechte werden ihm genommen und die Rolle der Zivilgesellschaft ist es, hier tätig zu werden und darauf hinzuwirken, dass die Interessen der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden. Ich habe vor einigen Tagen mit der Präsidentin der EITI-Initiative gesprochen, sie war unterwegs in den Bergbaugebieten von Kayes, wo sich die Situation nicht geändert hat. Es gibt weiterhin Umweltverschmutzung und die multinationalen Firmen ändern ihre Verhaltensweisen nicht. Man kann das kritisieren, man kann darauf hinweisen, man kann an verschiedenen Diskussionsforen teilnehmen, aber es tut sich nichts. Das frappierendste Beispiel ist meine Heimatgemeinde Falea. Dort gibt es die Gesellschaft Rockgate, eine Capital-Cooperation, die eine Abbaulizenz für die Region bekommen hat. Nachdem man dort 5000 Tonnen Uran entdeckt hatte und das bekannt wurde, bestimmt die Firma Rockgate alles und die staatlichen Stellen können diese Firma oder das, was vor Ort passiert, nicht kontrollieren. Die Bohrungen, die stattfinden, beinhalten Umweltgefahren und -probleme. Wir sind dorthin gegangen, um uns das anzusehen und haben die Behörden mehrfach auf die Situation vor Ort aufmerksam gemacht. Wir haben darauf hingewiesen, dass Kontrollstrukturen geschaffen werden müssten und man analysieren müsste, welche Auswirkungen das Vorgehen hat, aber man hat uns nicht zugehört. Wir haben um Unterstützung unserer auswärtigen Freunde geworben, bei Eva Jolie und anderen grünen Abgeordneten, und wir haben das europäische Bürgerforum angesprochen. Es sind Leute ins Land gekommen, haben Gespräche geführt, und man hat feststellen müssen, dass die Situation sogar noch schlechter ist, als wir gesagt haben. Es werden überhaupt keine Vorschriften eingehalten, und die Gesellschaft selbst hat das sogar zugegeben. Es gab Fachgespräche mit allen möglichen Vertretern und Rockgate hat zugegeben, dass sie überhaupt nicht sagen können, welche Auswirkungen die Bohrungen haben werden. Das zeigt, dass die staatlichen Stellen in Mali überhaupt nicht funktionieren und dass niemand in der Lage ist, dieses Unternehmen zu kontrollieren und somit handelt es unkontrolliert und ungestraft. Der Staatspräsident hat zu Eva Jolie gesagt: „Wir verstehen Sie und wir werden Maßnahmen ergreifen. Wenn die Bevölkerung nicht will, dass das Uran abgebaut wird, dann werden wir eine Alternative finden.“ Aber vor

einigen Tagen ist der zuständige Minister ohne vorherige Absprache abgereist und bei seiner Rückkehr war alles wie vorher. Dementsprechend wird weiter Uran abgebaut, als ob nichts geschehen wäre, auch wenn es keine wissenschaftlichen Arbeiten oder Beweise dafür gibt, dass tatsächlich den internationalen Vorschriften entsprochen wird.

Wir machen uns große Sorgen, und deshalb bin ich jetzt auch in Europa. Ich danke Ihnen, dass ich die Gelegenheit hatte, das Thema bei Ihnen anzusprechen. Wenn Sie das interessiert, kann ich Ihnen gerne weitere Informationen über die tatsächliche Situation in Mali liefern. Wenn wir viel Unterstützung finden, wenn es offene Diskussionsforen gibt zwischen allen Beteiligten und diese Diskussionen transparent geführt werden, wenn die Belange der Bevölkerung berücksichtigt werden, dann wird es möglich sein, an der Situation etwas zu ändern, aber das wird noch ein langer und schwerer Weg sein.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Keita. Vielen Dank auch dafür, dass Sie diesen langen Weg hierher gemacht haben. Im Übrigen wird der Ausschuss mit einer Delegation Anfang November nach Mali kommen und wir sollten die Gespräche in Ihrem Land fortführen. Wir hoffen natürlich, Sie dann vor Ort wiederzusehen. Frau Dr. Feldt, Sie haben das Wort.

Dr. Heidi Feldt: Weil die Zeit abläuft, nur kurz einige Anmerkungen. Frau Daub, ich würde sagen, bei EITI ist das Glas viertel voll, mit ganz viel Luft nach oben. Es ist ein erster Schritt, aber es gibt viel Verbesserungspotential. Ich glaube, dass das Hauptaugenmerk darauf liegen müsste, die Entscheidungskette in den einzelnen Ländern transparent zu gestalten.

Zu den Fragen der Investitionsabkommen, beziehungsweise Beratungen bei Investitionsabkommen: Investitionsabkommen sind ein ganz zentraler Bereich. Ich glaube, das wird der erste große Schritt nach EITI sein, und das zeichnet sich auch international ab. Es gibt mittlerweile einige Beratungsinstitutionen in diesem Bereich, die leider mehr oder minder interessengeleitet sind. Das Revenue Watch Institute wird finanziert von George Soros, die Weltbank kann auch nicht so richtig unabhängig agieren und die African Legal Support Facility kraucht so vor sich hin. Es gibt vom International Institute on Sustainable Development ein Modellübereinkommen für den Sektor, welches aktuell diskutiert wird und im Augenblick wird diskutiert, ob für diesen Bereich nicht sowas ähnliches wie EITI als Beratungsinstitution aufgezogen werden sollte. Das sind Aktivitäten und Überlegungen, die erst am Anfang sind. Sie hatten als Ausschuss im März ja Herrn Peter Eigen zu Gast, und er ist Befürworter für derartige Überlegungen und arbeitet sehr stark in diese Richtung. Es wird sich zeigen, ob etwas Entsprechendes zustande kommt. Das ist ein guter Ansatzpunkt für die deutsche EZ, wenn sie dieses weiter unterstützt.

Dann zur Frage der Transparenz: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, wenn Rohstoffpartnerschaften sinnvoll sein sollen, dann müssen sie transparent sein. Das sind sie im

Augenblick nicht und deswegen von mir der Apell: Wenn, dann muss es transparent sein! Wenn, dann muss klar sein, worüber diese Rohstoffpartnerschaften eigentlich geschlossen werden und wer beteiligt wird. Sonst sind solche Partnerschaften eher dazu angetan, autoritäre Regime zu unterstützen.

Carsten Schmitz-Hoffmann: Ja herzlichen Dank, ich werde auch versuchen, mich kurz zu fassen, aufbauend darauf, was die Kolleginnen und Kollegen zuvor gesagt haben. Einerseits ist es so, dass im Rahmen der Zertifizierungsansätze und der Standards natürlich die abnehmende Seite die Hauptaufgabe hat. Letztendlich ist das ja ein Marktmechanismus, das heißt, die Wirtschaft muss die entsprechende Nachfrage gestalten, und da gibt es tatsächlich ein wachsendes Interesse. Es gibt momentan aber noch fehlende Instrumente. Wenn diese Instrumente verfügbar sind, wird es Aufgabe der Wirtschaft sein, diese momentan kommunizierte Nachfrage zu erfüllen.

Abg. Helga Daub (FDP): Zwischenfrage: Welche Instrumente wären das denn?

Carsten Schmitz-Hoffmann: Das sind letztendlich Standardisierungs- und Zertifizierungsansätze. Da gibt es nur partielle Ansätze, es gibt noch keinen wirklich komplexen Ansatz, der die entsprechenden Lieferketten komplett abdeckt. Eine wichtige Rolle dabei ist auch die öffentliche Beschaffung. Man darf das nicht unterschätzen, was da an Möglichkeiten gegeben ist, um solche Nachfragen von öffentlicher Seite zu stimulieren.

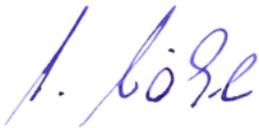
Der Kapazitätenaufbau und die Stärkung der Akteure vor Ort bei der Verhandlungsführung sind die Kernaktivitäten, die wir machen. Wir haben ein eigenes Leistungsangebot zur Stärkung der Rohstoffgovernance vor Ort. Hier fokussieren wir momentan unsere Arbeit, um die Akteure darin zu unterstützen, Kapazitäten zu entwickeln, um Verhandlungen besser zu führen. Außerdem sind wir bemüht, dass entsprechende Steuerungsinstrumente entwickelt und umgesetzt werden. Es gibt erkennbare Erfolge und wir erwarten, dass man diese irgendwann an Zahlen ablesen kann. Man darf aber auch nicht unterschätzen, dass das langwierige Prozesse sind. EITI ist auch noch nicht so lange auf dem Markt, also noch nicht mal zehn Jahre. Insofern muss deren Entwicklungsprozess sehr positiv gewertet werden, weil Einiges bewegt wurde. Natürlich ist noch Raum für Verbesserung da, die man einfordern und nachfragen muss.

Interessant finde ich die Frage zur Forschung. Im Rahmen der Entwicklung von Zertifizierungssystemen ist es notwendig, eine Rückverfolgbarkeit der Produkte mit zu gewährleisten. Es gibt Ansätze, zum Beispiel entsprechende „Fußabdrücke“ in den einzelnen Mineralien zu hinterlegen. Das ist ein sehr teurer Prozess, und letztendlich muss man immer wieder sehen, dass bei einer Rückverfolgbarkeit aktuell die Sanktionsmechanismen noch fehlen. Wenn ich also die Herkunft zurückverfolgen kann, aber keinen Hebel habe, um entsprechende

Verbesserungen und Sanktionen durchzuführen, dann hilft mir das schönste Rückverfolgbarkeitssystem nichts. Wir sind dabei, die partiellen Arbeiten zusammenzuführen, und an dem Punkt wird es entscheidend sein, dass Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft zusammen arbeiten. Herzlichen Dank.

Die Vorsitzende: Ich danke zunächst einmal ganz herzlich unseren Experten und Expertinnen. Ich weiß, es ist nicht einfach, allen gerecht zu werden, wenn viele Fragen gestellt werden und man wenig Zeit hat zur Beantwortung. Ich bedanke mich dementsprechend nochmals. Besonders auch bei Ihnen, Herr Keita, dass Sie von so weit her gekommen sind. Dieses Thema wird uns nicht nur heute beschäftigen, sondern es wird weiterhin auf der Agenda bleiben. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 13.10 Uhr



Dagmar G. Wöhrl, MdB
Vorsitzende